

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Nachr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 4.30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. 50 Pf. Monat. Einzeln. in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1893 unter Nr. 6798.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeit für den Raum 40 Sp. für Vereins- und Vereinnahmungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Red.: Ant. I. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 14. Dezember 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Ein Retter gesucht!

Sonderbare Nachrichten kommen aus Frankreich. Wir meinen nicht die Sardinenbläse, die in der französischen Kammer geplagt ist, und aus der die Demagogen der Reaktion eine Pandorabüchse für die Völker der Erde zu machen sich abmühen. Das ist ja heutzutage nichts Merkwürdiges mehr, und verglichen mit der Dynamitschlächterei im Theater von Barcelona ist es doch im Grunde nur eine Kinderei. Wir sprechen nicht von einem geräuschvollen Sensationsereignis, sondern von einer bedeutungsvollen Thatfache, die in der Stille herangereift ist und auf die Entwicklung der französischen Republik nicht ohne wesentlichen Einfluß bleiben kann. Wir meinen den neuesten Ausbruch der „Herovorschip“, der Heldenanbetung. Der Napoleonulitus, dem das letzte napoleonische Kaiserreich durch Karikatur des Großnapoleonischen Empire den Todesstoß versetzt hatte, und den man bei Sedan begraben glaubte, ist plötzlich wieder aufgelegt, und die Pariser Theater, aus welchen die Napoleon-Legende seit mehr als zwanzig Jahren verbannt war, machen wieder in Verherrlichung des „kleinen“ Korporals. Natürlich sind es nicht die Arbeiter und auch nicht die Kleinbürger, in denen sich dieser „Umschwung der öffentlichen Meinung“ vollzieht oder vollziehen hat — es sind ausschließlich die kapitalistischen Klassen, die Großbourgeois nebst Anhängsel.

Und wer genauer zuschaut und die neuere Geschichte kennt, der überzeugt sich bald, daß diesem Umschwung ein ähnlicher psychologischer Prozeß zu Grunde liegt, wie er vor 45 Jahren, zwei oder drei Monate nach der Februar-Revolution, als die soziale Frage gebieterisch ihre Lösung heischte, in Frankreich zu Tage trat, und der schließlich zur Präsidentschaft Bonaparte's und dann zum Staatsreich und zweiten Kaiserreich führte.

Damals warf die Bourgeoisie „in ihres Nichts durchbohrendem Gefühle“ all ihre stolzen Ideale von Freiheit und Recht von sich, wie ein fliehender Soldat seine Waffen fortwirft, weil sie ihm nur im Wege sind — sie folgte bloß noch dem niedersten aller Triebe: dem Selbsterhaltungstrieb, und hatte bloß einen Gedanken: Rettung vor dem Proletariat. Ein Retter! Ein Gesellschaftsretter! Gleichviel ob er vom Himmel kam oder aus der Hölle! Ein „Mann der Vorsehung“, frei von sentimentalen Umwandlungen und Gewissenszweifeln — ein Mann, der das rothe Geistesgeschichtliche, das Proletariat mit mächtigem Arm niederschlug, niederhielt oder — noch besser — es aussrottete, und der Bourgeoisie Ruhe um jeden Preis verschaffte, damit sie sorgenlos und ungestört das goldene Kalb umtanzen und ihre Orgien feiern konnte. So entstand das zweite Kaiserreich — das Gold-, Blut- und Rothreich Napoleon des Kleinen.

Es ist gefallen. So schmachtvoll gefallen, daß auch ein Theil der Bourgeoisie sich mit Elck abwandte, und daß

auf lange Zeit jede Möglichkeit einer Wiederherstellung ausgeschlossen war.

Doch jetzt taucht es in der Erinnerung wieder auf. Der Panamaskandal, der unter dem Empire nicht möglich war, weil es die Millionendiebe nicht hätte belästigen lassen, und ihren Feinden gesellschaftsretterisch entgegengetreten wäre, hat der Bourgeoisie die Unbequemlichkeiten der Demokratie wieder recht anschaulich und fühlbar gemacht, und — die sozialistische Fluth steigt — steigt; der Geldsack ist bedroht, die Bourgeoisie in Gefahr. Wo ist der Retter? Wo ein Napoleon?

Und der Wahnwitzige, der am Sonnabend in der französischen Kammer das rothe Geistesgeschichtliche dargestellt gebracht, hat die Angstmeier, die im Sumpf des Napoleonismus Schutz suchen vor dem sein Recht fordernden Proletariat, in ihrer Angstmeierei und gesellschaftsretterischen Reaktionstollheit wirksamst bestärkt.

Wir in Deutschland können uns über derartige Stimmungen und Strebungen nicht wundern. Blick unsere heimische Großbourgeoisie doch mit wachsender Sehnsucht nach den schönen Tagen zurück, wo der Blut- und Eisenmann nach napoleonischem System in Deutschland regierte. Gilt ihr nicht Capri als ein „Schwächling“, weil er nicht den Muth hat, das Panamaspieldes Kapitalismus lustig zu fördern und mitzumachen und das Proletariat ohne langes Federlesen zu knebeln oder niederzuschicken?

Die napoleonischen Träume in Frankreich sind nichts Zufälliges, nichts Vereinzelt, sie sind begründet in dem gegenwärtigen Gesellschaftszustand. Zur Verwirklichung werden sie freilich nicht gelangen. Der Elefant Dupuy, obgleich heute der Löwe des Tages, weil sein Speck und seine Elefantennatur ihn während der Attentats-Penit vor allzugroßem Schrecken bewahrte, hat doch zu wenig löwenmähiges, um nicht bald zu der lächerlichen Person zusammen zu schrumpfen, die er seiner Natur nach nun einmal ist. Herr Casimir Perier ist nicht von heldischeren Stoffe gemacht; die Bourgeoisie ist zu feig und zu kernsaul, um „Helden“, um „Retter“ hervorzubringen. Und die Bourgeoisie ist auch zu verrufen im Land. Sie hat in Frankreich nicht mehr den zu einem Staatsreich notwendigen geistigen und moralischen Kredit. Die gestohlene Panama-Milliarde war ein kollektiv-Diebstahl der französischen Bourgeoisie, von der das ausgeplünderte Kleinbürger- und Kleinbauernthum sich immer feindlicher abwendet, während die Arbeiterklasse den Sozialismus erfährt und die sozialistische Organisation gelernt hat. Für das in dem Napoleonulitus sich verborgende Ideal eines Staatsreichs der Bourgeoisie fehlen die unerläßlichen Vorbedingungen. Es ist zu spät! Die Ära des Imperialismus ist vorüber — das Proletariat ist zu mächtig geworden. Und ein anderer Gesellschaftsretter ist jetzt auf dem Plan, stärker als die Blut- und Eisenmänner, und entschlossen, sie zu zerschmettern, wo immer sie sich hervorbringen.

Nicht den Gewalt- und Wunderdoktoren, nach Art des Doktor Eisenbart, welchen die verkommene Bourgeoisie den kranken Gesellschaftskörper zur Kur übergeben möchte, — nicht diesen Priestern einer barbarischen Götzendienerei gehört die Zukunft, sie gehört dem Sozialismus, der die siebernde und von tausenderlei Seuchenstoff erfüllte Gesellschaft, statt sie in die Zwangsjacke zu stecken und durch fortwährende Aderlässe und chirurgische Operationen zu schwächen und zu verkrüppeln, — in gesunde Lebensbedingungen bringt, allen Gliedern die Freiheit der Bewegung schafft und, indem er die Hindernisse der Genesung beseitigt, die Sicherheit der Heilung verbürgt.

Attentatliches.

Die reaktionäre Presse macht ein großes Halloh, daß wir bei der Pariser Kammerexplosion an die Möglichkeit einer Polizei-mache geglaubt haben.

Et, die liebe Unschuld, ist sie wirklich so naiv? Oder thut sie nur so? Die Entrüstlinge müssen ein sehr kurzes Gedächtnis haben; so wollen wir es etwas auffrischen.

Frankreich ist das Vaterland der Attentate, die seit gut zwei Menschenaltern einen Theil des eisernen Inventars unserer jänstigen Staats- oder Regierungskunst bilden. Es hat dort im Laufe dieses Jahrhunderts sehr viele Attentate gegeben, etliche Hundert — mindestens neun Hundert waren das Werk von Epiteln, ein Hundert nicht — und das ist noch hoch gerechnet, denn die Polizei Louis Philippe's und des dritten Napoleon hatten förmliche Pflanzschulen für Attentate angelegt. Die neueste Bourgeoisrepublik hat in diesem Artikel auch Lüttiges geleistet; und das Gedächtnis Andrieux', der als Polizeipräsident 30 000 Franken jährlich für Epitel- und Attentatskucht ausgab, überhebt uns der Mühe, ins Einzelne zu gehen. In England hat die Polizei ähnliche Praktiken geübt und — um die Penit in ihre Gewalt zu bekommen — die Attentate duhendweis fabricirt. Der fenische Oberdynamitreich O' Donovon Rossa ist als Todspigel entlarvt worden, und bei dem berühmten Prozeß zwischen der „Times“ und Parnell wurde die interessante Thatfache ans Licht gezogen, daß der Knistler der meisten fenischen Attentate, ein Oberst De Coron, in englischen Regierungs- oder Polizeifeld gestanden hat. Seitdem haben wir auch einen anarcho-socialen Attentatsveruch in England gehabt — die famose Walsall-Verschöpfung. Jetzt wissen wir durch die Enthüllungen Labouchere's — was wir gleich anfangs vermuteten — daß das ganze Komplott von Epiteln — englischen und französischen — verfertigt wor. In Belgien sind notorisch die Tugende von Dynamit-Attentaten gegen Ende der 80er Jahre von einem gewissen Pourbaix angeführt worden, den der belgische Minister-Präsident, von dem Demokrat Janson gedrängt, in der Kammer als bezahlten Agenten der Regierung anerkennen mußte. Die famosen Mai-Attentate des vorigen Jahres in Frankreich, Spanien u. s. w. sind nicht vergessen — sie waren alleammt das Werk von Epiteln oder von Gewohnheitsverbrechern wie Ravachol, die im Polizeidienst gestanden haben. Das Gleiche gilt von Amerika, wo die zahlreichen Gewaltthatigkeiten und Attentate des Jahres 1886, wie damals sofort von dem Präsidenten des Bundes der Arbeitstritter, Powderly, behauptet und seit-

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

[32]

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Rußland.

(Aus dem Russischen übersezt)

Aber bald ertönte der väterliche Ruf: „Jetzt ist es genug“, und nach und nach nahm man die Geschenke, d. h. die Reformen wieder zurück.

Die Gesellschaft wurde unruhig; sie hätte mit Muth und Einigkeit ihre Rechte vertheidigen müssen. Aber wie konnte man das von Leuten verlangen, welche bis dahin gewohnt waren, von der einen Seite die Abgaben einzufordern und von der anderen Seite Almosen zu empfangen. Die Gesellschaft hatte ein doppeltes Gesicht, wie der Januskopf, mit dem einen blickte sie streng und despotisch auf das Volk, mit dem anderen klawisch lächelnd auf den Zaren; das bürgerliche Bewußtsein fehlte ihr vollkommen. Die Ideen der Humanität erwachten in ihr das Bestreben, dem Volke zu dienen, aber die Gewohnheit zu herrschen, kam auch bei denen wieder zum Vorschein, welche sich der Sache widmen wollten. Weil sie die Stelle eines Beamten, eines Richters, Staatsanwalts, Vertheidigers oder Mitglieds der Stadt- oder Landtagsverwaltung bekleideten, glaubten sie das Volk mit allen möglichen Wohlthaten überhäufen zu können. Als aber in der Praxis sich dieses als unausführbar herausstellte, ließen die Volksbeglückter ihre Köpfe hängen: dem Volke in anderer, nicht herrischer Weise zu dienen, war ihnen nicht möglich, da sie vor allen Dingen dem Gefühle der Herr-

schaft hätten entsagen müssen, und dazu die wenigsten fähig waren. Die enttäuschten Volksbeglückter trösteten sich damit, daß sie ihre Pflichten gewissenhaft erfüllen, sich nicht an öffentlichen Geldern vergriffen und für die Bildung des Volkes sorgen würden. Die Regierung aber, die Fägel straffer anziehend, verdrängte die friedlichen und ehrlichen Männer und an ihre Stelle traten solche, die das Volk bedrückten. Anstatt sich energisch zu widersetzen, traten die ehrlichen und friedliebenden Männer auf der ganzen Linie den Rückzug an. Mehr als zehn Jahre lang setzten sie diesen Rückzug in der Hoffnung fort, daß die Sonne der zarischen Gnade wieder aufgehen würde, und plötzlich schien es ihnen, als ob wirklich die ersehnte Morgenröthe erschienen. Die Regierung, die sich auf die Naivität der russischen Gesellschaft verließ, ergriff ein Mittel, um die Aufmerksamkeit von der inneren Lage abzulenken. Sie erklärte, einen Befreiungskrieg führen zu müssen, und sah mit Vergnügen, daß die Gesellschaft in diese Falle ging. Alle Liberalen waren entzückt, da sie ganz bestimmt darauf rechneten, daß nach dem Kriege die Konstitution in Rußland eingeführt werden würde.

Inch darin enttäuscht, beruhigte sich die Gesellschaft mit dem Gedanken, daß, wenn die Regierung die Konstitution nicht einführen wolle, man sich eben gedulden müsse.

Die Regel: „was man nicht giebt, muß man sich nehmen“, war der russischen Gesellschaft noch unbekannt, die ihrer Natur nach vor dem Gedanken, einen Kampf gegen die Regierung zu führen, zurückschreckte, weil die unfreiwillige Unterwerfung unter die Gewalt, so schwer es auch für sie war, in Fleisch und Blut der Russen übergegangen war. Zu Anfang der Reaktion hatte die Gesellschaft keine Gelegenheit zu zeigen, wie sehr sie von dem Gifte der Leib-

eigenschaft durchseucht war, und die Regierung hatte damals auch eine bessere Meinung von ihr als jetzt, da sie diese klawische Unterwürfigkeit noch nicht kennen gelernt hatte, welche in der Folgezeit eintrat.

Die verständige Bewegung der 60er Jahre war die Veranlassung, daß sich die besten jungen Kräfte dem Volke in hingebender, nühbringender Weise widmeten. Sie begriffen die Illusionen der ersten Volksbeglückter und, um nicht in ihren Fehler zu verfallen, sorgten sie zuerst nach den wahren Ursachen der Armut im Volke; sie wollten dem Volke nicht dadurch nützen, daß sie sich eine ruhige Stellung im Staats- oder Kommunaldienst verschafften, sondern dadurch, daß sie ihm klar machten, woher seine unglückliche Lage käme und seine Kräfte wieder zu heben suchten, damit es im stande wäre, sein Schicksal selbst zu verbessern.

Diese Gruppe der Sozialisten trat aus der herrschenden Gesellschaft aus und begann im Volke zu agitieren, was in der Folgezeit zum Kampfe gegen die Regierung führte.

Die Gesellschaft kam durch die Enttäuschung, die der Krieg ihr bereitet hatte, zu der Ueberzeugung, daß etwas gegen die immer zunehmende Reaktion geschehen müsse.

Die energischen Elemente in ihr bewiesen, daß es notwendig sei, einen ernsthaften und einmüthigen Protest zu erlassen, welcher beweisen sollte, daß die Gesellschaft ihrer Kraft sich bewußt sei, ein Gegenzag zu den unterwürfigen Adressen einiger Landschaftsversammlungen. Aber der Versuch, die liberalen Elemente zu einer legalen Opposition zu organisieren, hatte in der Masse keinen Erfolg, die sich zu einem solchen Vorgehen nicht befähigt fühlte. Die klawische Gesinnung, die zeitweilig am Anfang der 60er Jahre, solange es gestattet war, liberal zu sein, verschwunden war, kam infolge des Terrorismus der Regierung wieder zum Vorschein. Vor dem Attentat des Selowjew begannen sich in verschiedenen

dem gerichtlich festgestellt ist, von der künftigen Chicagoer Stadt-Polizei oder der Pinkerton'schen Privat-Polizei im Dienst und Auftrag gewissenloser Großbourgeois, welche die Ruchstundebewegung verderben wollten, in Szene gesetzt worden sind. Und endlich unser sittenstrenges, lilienreines, patriarchalisches Deutschland. Haben die Entrüstungs-Kommissionen wie die Namen Schröder, Haupt, Jhring, Madblom, Raporra, Friedmann, Schmidt u. s. w. u. s. w. — wer zählt die Namen? — gehört?

Wissen sie nicht, daß diese Biedermänner, welche im Solde und unter der Leitung Bismarck's, Puttkamer's und des Weisenfönd's-Stipendiaten Krüger (80 000 Mark!) zu Mordanschlägen und Dynamit-Attentaten aufgereizt und die nötigen Anleitungen gegeben haben? Ja, aber das geplante Niederwald-Attentat — das war doch echt? Ihr waret sehr unvorsichtig, Ihr Entrüstungs-Ganzwürste, daß Ihr das Wort in den Mund nahmt! Kein Zweifel — Reinsdorff war echt — er war eine jenes ehrlichen, beschränkten Naturen, deren Hirn durch den Grim über selbstkritikenes und Anderen zugefügtes Unrecht aus dem Gleichgewicht kam, und die, Hamlete des Alltagslebens, vom heiligen Horn sorgfältigen, eine Aufgabe übernahmen, der ihre schwache Kraft nicht gewachsen ist. Reinsdorff war ehrlich und von Haus aus ein grundbraver Mensch, aber er war — und das haben wir schon im Reichstag erklärt — von Spießeln umringt, die ihn nicht bloß auf Schritt und Tritt begleiteten, sondern auch sein Vertrauen gewannen und bei den Vorbereitungen des Niederwald-Attentats ihm halfen, dessen Plan ohne jeglichen Zweifel von ihnen herrührt. Einer der eingeweihtesten Polizeibeamten in Deutschland äußerte sich in ungewissen Worten dahin, daß Reinsdorff in Deutschland keinen Schritt gethan hat, der nicht von der Polizei überwacht war. Und wer sich in Mainz, Frankfurt und der dortigen Gegend bis 10, 15 Meilen im Umkreis erkundigt, wird erfahren, daß der Plan des Niederwald-Attentats Monate vor der „Entdeckung“ in allen Wirtschaften und von allen Dächern herunter — natürlich unter dem Siegel der Verschwiegenheit und nicht als etwas Ernsthaftes — ausgeplaudert, nein, ausgeführt wird.

Doch lassen wir das. Das Gesagte reicht aus, um zu zeigen, daß wir über und über Grund haben, Attentate mit Miströuen zu betrachten, und bei jedem zu fragen: Wo ist der Spießel? Und wir haben ihn fast immer gefunden.

Doppelte verdächtig ist die Sache, wenn die reaktionären Blätter ohne Unterschied der Partei dem ersten Anstands-Schreckensruf über das Attentat in Einem Athem den Jubelruf folgen lassen: Aber nützlich war es, die Stellung der Regierung ist befestigt! — Und das war der Fall nach dem letzten Sardinienbüchsen-Attentat in Paris.

Spahig ist der Wettstreit, mit dem jede Partei der ihr unbehaglichen anderen Partei die „moralische Verantwortlichkeit“ für das Attentat aufzuhalten sucht: die Pfaffenpresse dem Liberalismus, die Münchener „Neuesten Nachrichten“ der französischen Revolution, die Spießbürger dem Radikalismus, die kapitalistischen Reaktionen dem Sozialismus u. s. w. Wäre Herr v. Caprioli in Frankreich, so würden die dortigen Agrarier und Schutzgölner sicherlich ihm den Vaillant-Marschal an die Nacktschöpfe hängen.

Dieser Vaillant-Marschal selbst wird von französischen und deutschen Zeitungen vielfach als „Sozialist“ und „Sozialdemokrat“ bezeichnet, weil er der französischen Arbeiterpartei angehört habe. Eine Zeit lang, das ist richtig, hat er ihr angehört — aber schon vor Jahren wurde er ausgeschlossen, weil er gestohlen hatte, — denn Spießbüben duldet die Sozialdemokratie nicht, sie schiebt sie den Spießbüben zu, die zur bürgerlichen Gesellschaft und deren würdigem Anhängsel: dem Anarchismus gehören.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. Dezember.

Aus dem Reichstage. Der „große Tag“ der Handelsvertrags-Debatte war eigentlich heute. Der rücksichtslose Frontalangriff der Agrarier zeigte der Regierung, daß sie ihre letzten Reserven ins Treffen führen müsse, wenn sie das Feld behaupten wolle, und dementsprechend scheint zwischen gestern und heute allerhand hinter den Kulissen gespielt zu haben. Der beste Beweis dafür ist wohl das einstimmige Eintreten der Polen für den rumänischen Handelsvertrag. Gerade diese Abgeordneten zählten bis zur letzten Stunde noch zu den unsicheren Kantönisten und man war deshalb heute auf die Erklärung ihres Vertreters, des Prinzen Nadzwill, sehr gespannt. Man hörte es dem Redner an, daß es dieser aus Vollblut-Agrariern bestehenden Gruppe schwer geworden ist, sich in dieser Frage von ihren „Erwerbsgenossen“ zu trennen. Die Regierung scheint aber einen Preis geboten zu haben,

Städten liberale Parteien zu bilden, die die Absicht hatten, sich in einer großen Partei zu vereinigen. Aber was war das für eine Partei. Sie definierte ihr Ziel mit den Worten „warten und nichts thun“; damit es aber in den Versammlungen nicht zu langweilig herging, wurde die Regierung getadelt, um sich auf diese Weise zu einer parlamentarischen Opposition vorzubereiten. Außerdem wurden Projekte zu einer Konstitution ausgearbeitet, um im Stande zu sein, wenn es der Regierung gefällig wäre, die Liberalen zu berufen, mit fertigen Projekten zu erscheinen, gleich den klugen Jungfrauen, die ihren Bräutigam mit brennenden Lampen erwarteten. Die Liberalen wollten eine allgemeine Versammlung der Partei einberufen, man ging aber so nachlässig vor, daß die Mitglieder nicht wußten, wann die Versammlung stattfinden würde, so daß ein Theil zu einer Zeit eintraf als der andere eben abgereist war. Die infolge des Solowjew'schen Attentats von der Regierung neu eingeführten terroristischen Maßregeln erschreckten die Liberalen, und diese originelle Partei des Nichtsthuns löste sich von selbst wieder auf.

Die Gefühle der russischen Gesellschaft zum verstorbenen Kaiser machten im Laufe seiner Regierungszeit eine bedeutende Metamorphose durch, mit der Vergötterung beginnend, endigten sie mit der Freude über seinen Tod. Schon zu Ende der 70er Jahre hatten die Sympathien der Gesellschaft für den Kaiser bedeutend abgenommen; zwischen den Eindrücken, die das Attentat von Karakosow und Anlowjew hervorbrachten, bestand ein gewaltiger Unterschied: das erstere erweckte, infolge des Mißlingens, in der Gesellschaft das Gefühl der aufrichtigen Freude und des lebhaften Abscheues für Karakosow, da damals die Eindrücke der liberalen Reformen noch frisch waren, und Hoffnung auf ihre weitere Entwicklung bestand. Aber die fünfzehn Jahre einer beständigen Reaktion hatten die Sympathien für den Herrscher sehr geschwächt. Vor dem Kriege nahm die Sympathie wieder zu, da man die Konstitution erwartete, aber die Enttäuschung nachher ließ die Sympathie wieder erkalten, so daß das Attentat des Solowjew schon nicht mehr diese lebhaftige Sympathie hervorrief, wie das des Karakosow.

(Fortsetzung folgt.)

den die polnischen Agrarier nicht ausschlagen durften, wenn sie nicht den letzten Rest ihrer so wie so wankenden Popularität einbüßen wollten.

Es war also eine Majorität von Reichsfeinden, mit der die Regierung heute siegte, und der Humor an der Sache ist, daß als Hauptredner für diese Majorität Herr von Bennigsen zu Felde zog.

Daß der hannoversche Oberpräsident freilich so wenig guten Geschmacks hatte, das rothe Gespenst und die anarchischen Attentate zu zitieren, um durch diesen Hinweis die Rechte zu schrecken und, wenn möglich, für die Verträge zu gewinnen, hatten wir nicht erwartet. Wir hatten den früheren Präsidenten des Nationalvereins trotz allem höher eingeschätzt, und hätten nicht geglaubt, daß er wirklich nicht besser ist, als sein Organ, der „hannoversche Courier“.

Dabei läßt der vorgeschätzte Mann-Natur nicht die geringste Wirkung. Die Herren von der Rechten zählen lange genug den gewissen Minister v. Puttkamer zu ihren Parteigenossen, um zu wissen, daß der Anarchisten-Schrecken seine zwei Seiten hat. Dieser Führer der Konfession war es doch, der es offen aussprach, daß ihm Most lieber sei, wie die Sozialdemokraten und eben derselbe Herr ist es doch auch gewesen, der unter dem Beifall der Rechten für den pflichtgetreuen Beamten Jhring-Mahlow eintrat, der bekanntlich Unterricht in der Bereitung von Sprengstoffen gab.

Wer mit dem Anarchismus auf so vertrautem Fuß gestanden hat, der läßt sich mit demselben nicht schrecken. Am wenigsten wenn damit erreicht werden soll, die Profitrate zu schmälern.

Für unsere Leser dürfte an der ganzen Debatte über die Handelsverträge am interessantesten sein das „warme Herz“ für die Arbeiter, welches von den Vertretern und Gegnern der Verträge mit gleicher Geläufigkeit ins Treffen geführt wurde. Sogar der Reichskanzler sprach davon, daß die Verträge angenommen werden müssen, weil für uns die Frage so stehe: entweder Waaren oder Menschen zu exportieren; da wir das letztere schon im Interesse der nationalen Wehrfähigkeit nicht dürfen, so müssen wir Waaren exportieren und dazu bedürfen wir eben der Handelsverträge.

Diese Sätze sind gewiß richtig, aber dann gelten sie doch in Bezug auf die Tabakindustrie auch. Wie will aber dann die Regierung die Tabaksteuer rechtfertigen, von der feststeht, daß durch sie Zehntausende von Arbeitern außer Lohn und Brot gesetzt werden!

Von unserer Seite legte der Abgeordnete Schoenlant den Standpunkt der Partei noch einmal in aller Schärfe dar. Der Redner sagte besonders den Junkern von der Rechten einige derbe Wahrheiten, auf welche der Chor der Landräthe mit den bekannten unartikulierten Lauten reagierte.

An der Debatte beteiligten sich besonders die bayerischen Abgeordneten sehr lebhaft. Darunter auch Dr. Sigl vom „Waterland“. Derselbe meinte, daß, wer von den bayerischen Abgeordneten für den Vertrag stimme, bei den nächsten Wahlen nicht wiederkehre. Der Volksparteiler Kröber diene aber darauf mit dem Zwischenruf, er, Kröber, sei schon zum vierten Male hier, ob aber Dr. Sigl noch einmal kommen werde, müsse erst die Zukunft zeigen.

Erst in später Stunde konnte es zur Abstimmung kommen, welche über den § 1 eine namentliche war. Von 354 anwesenden Abgeordneten stimmten 189 mit Ja und 165 mit Nein. Der Paragraph ist also mit 24 Stimmen Majorität angenommen und damit das Schicksal der kleinen Handelsverträge entschieden.

Ein Zwischenfall, der sich nach Schluß der Debatte in den Formen einer „persönlichen Bemerkung“ zwischen dem Reichskanzler Caprioli und dem Grafen Wüchsch abspielte, zeugte auf ein hochgradig gespanntes Verhältnis zwischen diesen Herren. Im Foyer sprach man sogar von der Möglichkeit eines Duells zwischen den Beiden. Hoffentlich kommt zu dem vielen Anstun, der dieser Tage geschwätzt worden ist, nicht auch noch eine solche Dummheit.

Der Reichstag hat nicht mehr das Ansehen wie früher — sagte Herr Bennigsen heute im Reichstag. Herr Bennigsen verwechselte den Reichstag mit sich und seiner Partei — diese haben allerdings nicht bloß an Ansehen verloren, sondern sie haben überhaupt keines mehr. Und zwar wo es halbiert? Weil die Herren Nationalliberalen, die anfangs die Mehrheit hatten, ihr Möglichstes gethan haben, den Reichstag zu einer Nameludenbande des Hausmeiers Bismarck herabzumwürdigen. Dauf dem erwachenden politischen Geist, dank der Erziehung des deutschen Volkes durch die Sozialdemokratie hat die Volksovertretung allmählig an Ansehen gewonnen — und zwar genau in demselben Maße, wie die Nationalliberalen an Ansehen verloren haben. Das ist die Wahrheit.

Herr Bennigsen scheint beiläufig begriffen zu haben, daß seine heutige Rede selbst für eine Bennigsen'sche Rede politischwidrig fände und inhaltsleer war, sonst hätte er nicht auf die Idee verfallen können, dem faden, salz- und schmaltzlosen Frit seiner staatsmännischen Gemeinplage durch eine Dosis anarchischer Schwefels aus Paris wenn auch nicht Geschmacks, doch in Ermangelung von Würze durch ein Prischchen aus der Pariser Sardinienbüchse wenigstens etwas Peize verleihen zu wollen. Damit ist der Frei aber erst recht schlecht geworden, und der staatsmännische Weineister hat sich den Mund verbrannt.

Attentat und Bescheerung. Wenn einem Mann, wie das jetzt in Berlin geschehen ist, ein Paket, das beim Öffnen explodiert und gehacktes Blech herumschleudert, durch die Post zugesandt wird, so ist das (siehe die Lokalberichte der „Vossischen Zeitung“ und anderer Blätter) eine „unheimliche Sendung“, eine Ueberreaktion, eine Bescheerung. Wenn es aber an einen Minister oder sonstigen hohen Herrn geschickt wird, so ist es eine „Höllensmaschine“, ein „Mordanschlag“, ein „Dynamit-Attentat“ und was sonst für Kraftwörter der Feder eines stillosch entrüsteten und phantasiebegabten Zeitungsjuristen entlockt werden können. Und eigentlich ist die „Bescheerung“ doch etwas viel Schlimmeres als die „Höllensmaschine“, denn gewöhnliche Leute pflegen ihre Pakete selber zu öffnen, die vornehmen Herrschaften dagegen lassen sie sich öffnen und zwar unter Beobachtung der äußersten Vorsicht. Fragt man nun aber: warum diese ganz verschiedene Behandlung?, dann lautet die Antwort: Ja Bauer, das ist ganz 'was anders!

Die Militärjustiz arbeitet nach Kräften, um das ganze Volk gegen sich aufzurufen. Dem Fall Hofmeister folgte der Fall Hertwig, dann kam der Fall Gradnauer und jetzt der Fall Szmulia. Ueber denselben hört die „Deutsche

Warte“, daß gegen den Reichstags-Abgeordneten Major a. D. Szmulia (B.) wegen seiner Agitation bei den letzten Reichstags-Wahlen seitens des Offizierkorps eine ehrengerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Ob die ablehnende Haltung Szmulia's gegen die Militärvorlage den Grund zu diesem Verfahren bilde, weiß das Blatt nicht anzugeben.

Das geht nun schon über alles Maß, daß sich Reichstags-Abgeordnete vor den Militärbehörden über ihre Wahl-agitation zu verantworten haben sollen. Wie lange wird das deutsche Volk sich derartiges bieten lassen! —

Wozu das Militär da ist. Die in Oels erscheinende „Rechte Oberufer-Zeitung“ bringt unter der Spitzmarke „Chronikensjagden“ einen Bericht über eine Herbstjagd bei Ludwigsdorf, mit dem Zufuge: „Die Treiber stellte wiederum das hiesige Jäger-Bataillon.“ Natürlich. Es ist ja auch um so viel billiger, den armen Treibern auf diese Weise die wenigen Weihnachtsgroschen zu nehmen, die sie in früheren Jahren verdienten. Dagegen hat der Amtsrath Diebe in Warby in diesem Jahre die Gymnasiasten nicht mehr als Treiber verwendet, denn bei einer jüngst in Warby abgehaltenen Treiberjagd haben Soldaten des 25. Regiments Treiberdienste geleistet. Was soll man dazu sagen? Ueberall tritt das Heer in Konkurrenz mit dem Arbeiter. Die Militärkapellen nehmen den Privatkapellen das Brot, indem sie bei jeder Gelegenheit da spielen, wo sonst der Privatmusikler seine lohnende Thätigkeit fand; die landwirtschaftlichen Arbeiter werden geschädigt dadurch, daß Soldaten zu billigen Preisen zu den Ernte-Arbeiten herangezogen werden und den armen Landleuten, die im Winter sonst Treiberdienste verrichteten, werden Soldaten vorgezogen. Der Soldat erhält 50 Pf. für den Arbeitstag, das arme Luder von Treiber vielleicht 75, das sind 25 Pf. mehr, die müssen gespart werden, denn das edle Jagdvergnügen darf den hohen Herren auch nicht zu theuer werden. Ist es da vielleicht nicht wahr, daß der Militarismus das größte Uebel ist? —

Das „Sächsische Vaterland“ schreibt in seiner Nummer vom 8. d. M.:

Ein „Fritthum“ des Herrn Bebel. In der Reichstags-Sitzung am 30. November nahm Herr Bebel das Wort zu folgender persönlichen Bemerkung:

„Abg. Zimmermann hat im Laufe seiner Ausführungen die von mir freiwillig gemachte Mittheilung, daß ich meinerseits von dem Nationalverein 200 Thaler zur Bekämpfung der Sozialdemokraten erhalten, später aber einen Theil davon zur Bekämpfung des Nationalvereins verwendet habe, dazu benutzt, mir den Vorwurf zu machen, ich hätte damals schon die Eigenthumsbegriffe verwechselt. Das ist eine Ausföhrung, die mich ja unter Umständen beleidigen könnte. Aus dem Munde des Abg. Zimmermann ist sie aber keine Beleidigung. Am allerwenigsten aber, glaube ich, hätte Abg. Zimmermann Veranlassung gehabt, mir eine solche Unterstellung zu machen. Wenn Einem öffentlich gesagt wird, was im „Waterland“, dem Organ der sächsischen Konservativen, am 22. September über Verwendung von Geldern dem Abg. Zimmermann ohne Widerlegung gesagt ist — wenn mir das gesagt werden könnte, würde ich mich schämen. In dem Gehirn des Abgeordneten Förster scheint es ja sehr kraus zuzugehen. Das entschuldigt, daß er aus meinen Ausführungen entnommen hat, ich hätte das Christentum an den Pranger stellen wollen. Ich habe nur ausgeführt, daß die Herren hier, die sich Christen nennen, nicht das thun, was sie als Christen thun müßten.“

Wir konstatieren hiermit, daß wir zwar stets Herrn Zimmermann entgegengetreten müßten, daß wir aber niemals ihm irgend Etwas über Verwendung von Geldern vorgeworfen haben. Von der Ehrenhaftigkeit des Herrn Bebel erwarten wir, daß er seinen Fritthum öffentlich als solchen bezeichne; wir erwarten aber auch, daß Herr Zimmermann die darauffolgende gegen unser Blatt ausgesprochene Beleidigung zurücknimmt.

Der Abdruck vorstehender Erklärung war eine selbstverständliche Pflicht. Das „Waterland“, das sich an unser Pflichtgefühl wendet, hätte es nur unterlassen sollen, durch die Gänsefüßchen, mit denen es das Wort „Fritthum“ schmückt, seine niedrige Denkweise so augenfällig zu bekunden.

Gegen die Latifundien, den Großbetrieb in der Landwirtschaft, eifert die freisinnige Tante Voss in ihrem heutigen Leitartikel, gegen den Großbetrieb in der Industrie kämpfen die Konservativen und ultramontanen Volksführer. Ein merkwürdiges Schauspiel! Aber dieser scheinbare Interessengegensatz verschwindet der Sozialdemokratie gegenüber, die, wie die Zukunftsstaatsdebatten beweisen, von allen bürgerlichen Parteien gemeinsam bekämpft wird.

20 000 Mark zur „Christlichen“ Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die am Sonnabend geschlossene schlesische Provinzialsynode hat, wie wir der „Vossischen Zeitung“ entnehmen, 20 000 Mark dem aus dem Grafen Armin-Mustlau, Professor Dr. Ester, Regierungspräsidenten a. D. v. Flottwell, Superintendent Schulze und Probst D. Treblu bestehenden evangelisch-sozialen Zentral-ausschusse zur Anstellung eines geistlichen Geschäftsführers, zur Ausbildung von Diakonen, zur Schriftenverbreitung und zur Veranstaltung von Versammlungen, zur Besprechung sozialer Fragen zc. bewilligt, nachdem sie den Ausschuss als geeignetes Organ zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ausdrücklich anerkannt hatte. Der Oberbürgermeister Bender-Breslau warnte davor, die evangelische Kirche in politische Bestrebungen hineinzuziehen. Der Konfistorialpräsident Dr. Stolzmann erklärte, daß die schlesische evangelische Kirche niemals in der vom Oberb. Bender beabsichtigten Weise Politik treibe, indeß konnte doch nicht bestritten werden, daß Tags zuvor ein Redner der Mehrheit die Bewilligung der 20 000 Mk. mit dem Hinweis darauf empfohlen hatte, es sei nothwendig dafür Sorge zu tragen, daß Breslau nicht länger durch zwei Sozialdemokraten im Reichstage vertreten sei.

Die evangelische Kirche tritt als Bekämpferin der Sozialdemokratie auf, fordert aber von uns vollste Objektivität ihren Pastoren gegenüber. Wir fürchten übrigens diese himmlischen Heerschaaren mit und ohne 20 000 Mk. ebenso wenig wie die Jesuiten.

Die Antisemiten bieten sich in der „Staatsbürger Zeitung“ zur Bekämpfung der Sozialdemokratie an. Sie seien geeignet die „Juden“ des Grafen Eulenburg anzuföhren. Armer Eulenburg! —

Sozialdemokratischer Antrag auf Reform der Armenpflege in Bayern. Die sozialdemokratische Gruppe hat, wie wir der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen, im bayerischen Landtag einen Antrag eingebracht, wonach die Armenpflege finanziell der Heimatgemeinde abgenommen und der Kreisgemeinde (Regierungskreis) aufgebürdet werden

oder wenigstens die Kreisgemeinde Zuschüsse an die Heimathsgemeinde geben soll. Damit würde allerdings eine gewisse Ausgleichung der Lasten geschaffen. Auch die Bezüge der zu Unterstühenden sollen in auskömmlicher Weise — in Prozenten des ordentlichen Durchschnittslohn — neugeregelt und auch ein Mindestsatz für Ziehinder festgesetzt werden. Die Gemeinden sollen die Unterstützung nicht an die Bedingung der Rückkehr in die Gemeinde knüpfen dürfen, wenn der zu Unterstühende des leichten Erwerbes halber seinen dauernden Wohnsitz außerhalb der Heimathsgemeinde haben will. Mit den übrigen Bundesstaaten sollen Verträge abgeschlossen werden, wonach in Bayern wohnende unterstützungsbedürftige außerbayerische Reichsangehörige die entsprechende Unterstützung der verpflichteten Gemeinde nach Bayern ausbezahlt erhalten. —

Die Verathung der Prager Ausnahmeverfügungen hat im österreichischen Abgeordnetenhaus zu sehr erregten Debatten geführt. Die Jungeschen Perold, Blasel, Kasten, Gregt und Pacal griffen die Regierung heftig an und erklärten, daß die Ausnahmeverfügungen nicht im Einklange mit den gegenwärtigen Zuständen in Böhmen ständen. Klacik (Südböhme) sprach sich in gleichem Sinne aus. Die deutsche Linke erklärte durch Grob, sie werde, um keine Schädigung der Staatsinteressen herbeizuführen, für den Antrag der Majorität stimmen in der Hoffnung auf eine baldige Beilegung der Ausnahmeverfügungen. Szcepanowski hob hervor, die Polen würden im Hinblick auf das von der Regierung vorgelegte Material für die Ausnahmeverfügungen stimmen, erwarteten aber die Aufhebung der Maßregeln, sobald die Voraussetzungen für deren Verhängung wegfallen.

Die Abstimmung ist noch nicht erfolgt, ist aber nicht zweifelhaft. Eine große Majorität wird der Ausnahme-gesetzpolitik der Regierung zustimmen. —

Attentat gegen Attentat. Man schreibt uns aus Paris unterm 12. Dezember: Auf das feige Attentat vom Sonnabend das noch feigere von gestern. Auf das Attentat gegen die Kammer das Attentat gegen die Rede- und Pressfreiheit. Auf das Attentat eines Anarchisten das der Kammer auf die Sozialisten. Denn das der gestern angenommene Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Pressegesetzes vom Jahre 1881 hauptsächlich, ja namentlich gegen die Sozialisten gerichtet ist, darüber kann kein Zweifel bestehen. So dumms ist doch kein Bourgeois, daß er sich einbildete, die „Propaganda der That“ durch ein Pressegesetz verhindern zu können. Es handelt sich in dem neuen Pressegesetz darum auch weniger um die Dynamitbomben der Anarchisten, als um die geistigen Bomben der Sozialisten. Jeder, der durch Wort oder Schrift zu einem Vergehen gegen die innere Sicherheit des Staates aufreizt oder die Soldaten von ihrem Gehorsam gegen ihre Vorgesetzten ablenken zu machen sucht, wird nach diesem Gesetze mit einem bis zu fünf Jahren Gefängnis und einer Geldbuße von 100 bis 3000 Frks. bestraft. Und was kann nicht als ein Vergehen gegen die innere Sicherheit des Staates, was nicht als ein Aufreiz zum Ungehorsam der Soldaten ausgelegt werden, namentlich bei Richtern und Staatsanwälten, wie sie der Streik von Pas de Calais kennen gelernt hat. Welch ein reiches Feld der Thätigkeit für die Herren Chenevix und Konsorten, welche ein Ader für Tendentprozesse! Und dieses freilichmörderische Gesetz wurde in kaum zwei Stunden durchgepeitscht, während das Ausschreiben und Durchlesen aller Paragraphen, auf die die neuen Artikel des Pressegesetzes Bezug nehmen, allein schon mehr Zeit in Anspruch genommen hätten. Ja, die Abgeordneten hatten nicht einmal Zeit noch Gelegenheit, den vorgelegten Entwurf durchzusehen, von dem nur ein einziges Exemplar, das des Justizministers, vorhanden war. Die sozialistische Fraktion ließ denn auch durch den Mund des Abgeordneten Viviani erklären, daß sie nicht Gesetze diskutieren könne, deren Text sie nicht kennt, daß sie darum an der Diskussion nicht theilnehmen werde und die ganze Verantwortung für das Werk der Regierung dieser überlasse. Die sozialistischen Abgeordneten waren auch neben einigen sozialistischen Radikalen — einige achtzig Radikale haben sich der Abstimmung enthalten — die einzigen, die gegen das Gesetz gestimmt haben, das mit 418 gegen 68 Stimmen angenommen wurde. Wenn die Regierung das Attentat vom Sonnabend bestellt hätte, würde es ihr nicht gelegener gekommen sein, denn sie hat sich dadurch eine Majorität geschaffen, nach der sie sonst vergeblich gesucht hätte. Und mit einer Majorität, wie sich gestern gebildet hat, kann eine Regierung welches reaktionäre Werk immer durchsetzen — allerdings nur in der Kammer. Denn das darf sich Herr Casimir Perier nicht einbilden, daß ihm dies auch im Lande gelingen wird, wo der sozialistische Geist schon zu sehr in die Salme geschossen ist. Es wird ihm nicht so leicht gelingen, das Bombenattentat gegen die sozialistische Bewegung auszubenten, wie er es für seine Stellung als Ministerpräsident angedeutet hat, da die sozialistische Bewegung von ganz anderen Faktoren als von einigen blind angenommenen Gesetzesparagraphen abhängt. Was das Sozialistengesetz in Deutschland nicht vermochte, das wird das Pressegesetz, das auch ein verkapptes Sozialistengesetz ist, auch in Frankreich nicht vermögen. Es wird der Arbeiterklasse nur ein Sporn mehr sein, sich in den Besitz der öffentlichen Gewalt zu setzen, und die sozialistische Fraktion wird ihr darin jezt mehr denn je zur Seite stehen. —

Eine Enquete-Kommission zur Untersuchung des Bergarbeiter-Streiks im Departement Pas de Calais forderten die sozialistischen Abgeordneten, die Regierung wollte sich diesem Antrage von vornherein entgegenstellen, man glaube aber, daß das Ministerium hierüber stützen würde. Das Attentat auf die Deputiertenkammer hat die Situation in's Gegentheil geändert, die Regierung wird einen großen Erfolg über die Vertreter der Arbeiterinteressen erlangen. Die vernagelten Fanatiker der Propaganda der That müßte dies über das Verbrechen ihrer Handlungsweise belehren, wenn sie außer über Fanatismus noch über ein Restchen gefunden Menschenverstandes verfügen würden. Dies ist aber, wie die Geschichte der „Propaganda der That“ beweist, nicht der Fall. Wir lassen die auf den Antrag Basly bezüglichen Telegramme folgen:

Paris, 12. Dezember. Kammer. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Jonnard, weist den Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Untersuchung des Streiks im Departement Pas de Calais zurück. Die Regierung wolle die Freiheit des Streiks und die Freiheit der Arbeit; wenn der Streik aber, wie im Pas de Calais, ein politisches Unternehmen werde, so komme er die nationale Arbeit und bedrohe die nationale Wohlfahrt. (Verbale Unterbrechungen auf der

äußersten Linken, Beifall im Centrum.) Der Minister fährt in seiner Rede fort und rechtfertigt die Haltung der Regierung, welche einen Schiedsspruch vorgeschlagen hatte, den die Syndikate aber zurückwiesen. Schließlich sagt der Minister, allen diesen Aufregungen müsse ein Ende bereitet werden, das Land verlange nach Ordnung, Ruhe und friedlichem Fortschritt. Die Regierung habe den Amnestie-Antrag abgelehnt, werde aber zum 1. Januar zahlreiche Begnadigungen bewilligen. Die am meisten Schuldigen seien nicht im Gefängnis, die am meisten Schuldigen seien diejenigen, welche aus ihrem Komitee heraus die Leiden der Aufgewiegten dazu ausreuten, den Kampf zwischen Kapital und Arbeit zu vergiften. (Beifall auf der Linken, Widerspruch und Unterbrechungen auf der äußersten Linken.) Die Weiterberathung wurde auf Donnerstag vertagt.

Nach Ansicht der Morgenblätter dürfte der Vorschlag des Deputierten Basly betreffend die Streik-Enquete nicht mehr als 140 bis 150 Stimmen auf sich vereinigen. Paris, 12. Dezember. Kammer. Basly verteidigte seinen Antrag, nach welchem eine Untersuchungs-Kommission über den Zustand in den Departements Nord und Pas de Calais ernannt werden sollte und tadelte dabei das Vorgehen der Bergwerksgesellschaften, die Stellungnahme der Regierung und das Verhalten der Beamten.

Die Pariser Gesehgebungsmaschine arbeitet mit Dampf bei der Ausbeutung des Attentats im Sinne der Reaktion. Hierüber liegen folgende Depeschen vor:

Paris, 12. Dezbr. Die Kammerbureaus ernannten die Kommissionen, welche die Vorlagen über die Vereinigungen von Anarchisten und die Herstellung, sowie die Innehabung von Explosivstoffen prüfen sollen. Sämmtliche Mitglieder der Kommissionen billigten die Vorlagen und man glaubt, die Kammer werde noch in dieser Woche über dieselbe beschließen. Der Antrag, einen Kredit zur Vermehrung der Polizeibeamten zu eröffnen, ist an die Kreditkommission verwiesen worden.

Paris, 13. Dezbr. Weitere eingebrachte Gesetzentwürfe gegen die Anarchisten bezwecken, die Dynamitattentate vor eine andere Gerichtsbarkeit als die des Assisenhofes zu stellen. Gegen diese Absicht soll von vielen Abgeordneten energisch protestirt werden. —

Paris, 12. Dezember. Der Senat ernannte eine Kommission zur Prüfung des Gesetzentwurfes, wonach das Pressegesetz abgeändert werden soll. Der Berichterstatter der Kommission fasste den Bericht sofort ab. Der Senat genehmigte den Gesetzentwurf ohne Verathung mit Einstimmigkeit.

Das Ministerium Crispi ist noch immer nicht zu Stande gekommen. —

Eine Vermehrung der englischen Marine durch Bau von 6-7 neuen Schlachtschiffen ist, wie die Londoner Zeitungen melden, beabsichtigt. Die Kosten der geplanten Marinerverstärkungen werden auf nahezu 8 Mill. Pfund Sterling geschätzt.

Im englischen Unterhause hat Georges Tempelton eine Resolution auf Vermehrung der Marine angekündigt. Ferner hat eine von der Londoner Handelskammer einberufene Generalversammlung sich im Sinne einer solchen Vermehrung ausgesprochen. —

Die Stützen von Thron und Altar. Aus England hören wir wieder einmal von einer militärischen Meuterei. Soldaten (Rekruten) die nach Gibraltar eingeschifft werden sollten, sagten in London ihren Vorgesetzten aus irgend einem noch nicht bekannt gegebenen Grunde den Gehorsam auf. Es scheint sehr heftige Zusammenstöße gegeben zu haben. Die Meuterer wurden schließlich überwältigt und eingeschifft, und sollen nun in Gibraltar vor das Kriegsgericht kommen.

Thron und Altar werden wohl bald auf andere „Stützen“ bedacht sein müssen. —

Dokitch, der ehemalige serbische Ministerpräsident, ist heute Nacht gestorben. Er war der Erzieher des jetzigen Königs, wurde später Präsident des Staatsrathes, in welchem er die Interessen der radikalen Partei gegen die gesetzwidrigen Uebergriffe des Ministeriums Wukumowicz vertrat. Er organisirte den Staatsstreich, durch den der jetzige König ans Ruder kam. Dokitch lebte stets in ärmlichen Verhältnissen, er hat die Gelegenheit, sich korrumpiren zu lassen und den Staat zu bestehlen, nicht benützt. Und das bedeutet in Serbien schon ein hohes Lob für einen Staatsmann. —

Parlamentarisches.

Die Kommission, welcher das Gesetz, betreffend die Abänderung des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes überwiegen ist, beschloß in der heutigen Sitzung die ersten vier Absätze des § 329 folgende Fassung zu geben:

„Wenn Personen, welche gegen Lohn oder Gehalt in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen, oder deren ihren Unterstützungswohnsitz betreffende Angehörige, oder wenn Lehrlinge am Dienst- oder Arbeitsort erkranken, so hat der Ortsarmenverband dieses Orts die Verpflichtung, den Erkrankten die erforderliche Kur und Verpflegung zu gewähren.“

Ein Anspruch auf Erstattung der entstehenden Kur- und Verpflegungskosten bezw. auf Uebernahme des Hilfsbedürftigen gegen einen anderen Armenverband erwächst in diesen Fällen nur, wenn die Krankenpflege länger als 13 Wochen fortgesetzt wurde und nur für den über diese Frist hinausgehenden Zeitraum.

Dem zur Unterstützung an sich verpflichteten Armenverbande muß spätestens 7 Tage vor Ablauf des dreizehntägigen Zeitraums Nachricht von der Erkrankung gegeben werden, widrigenfalls die Erstattung der Kosten erst von dem, sieben Tage nach dem Eingange der Nachricht beginnenden Zeitraume an gefordert werden kann.

Die Bestimmungen der Absätze 2 und 3 finden keine Anwendung, wenn das Dienst- oder Arbeitsverhältnis, durch welches der Aufenthalt am Dienst- oder Arbeitsorte bedingt wurde, nach seiner Natur oder im Voraus durch Vertrag auf einen Zeitraum von einer Woche oder weniger beschränkt ist.“

Die anderen Theile wurden nach dem Wortlaut der Vorlage angenommen. Zu einer längeren Debatte gab die vorgeschlagene Ergänzung des Strafgesetzbuches Veranlassung. Wollensbühr trat für Ablehnung des Artikels ein. Erstens will dieselbe Unterlassung in einem Theile Deutschlands bestraft werden soll, die in anderen Theilen strafflos bleibt; zweitens weil die Fassung: „obwohl er dazu in der Lage ist“, eine dehnbare und lausigartige ist, und es jedesmal von den rein subjektiven Anschauungen der Richter abhängt, ob hier eine unter Umständen sehr schwere Bestrafung mit Korrekturen eintreten soll. Obwohl mehrere Mitglieder der Kommission den Passus für bedenklich hielten und ein Mitglied erklärte, daß es nur mit schwerem Herzen dafür stimmte, so wurde der Artikel doch angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten allein gegen den Antrag.

Darfeinrichtungen.

Wieder etwas vom Rückgang der Sozialdemokratie. In Pleisstein, einem Orte der Oberpfalz mit etwa 3000 Einwohnern, wurden, wie unser Augsburger Bruderorgan mittheilt, bei den letzten Wahlen sechs unserer Genossen als Gemeindevorwählte gewählt. Auch der Bürgermeister und zwei Magistratsräthe des Ortes zählen zur sozialdemokratischen Partei. Und das in der Pfalz, wo doch ultramontane Himmelspolizei ihre Dienste thut.

Selbst gegen unsere Todten kämpft die liberale und ultramontane Ordnungspresse. So hat das Gerücht, daß der Genosse Zölcke in seiner letzten Stunde nach geistlichem Beistand verlangt habe, die Kunde durch jene Presse gemacht, und wurde dasselbe in kleinlicher Weise aufgeschlachtet. Datan ist natürlich kein Wort wahr. Um aber allen derartigen Gerüchten den Boden zu entziehen, hat die Familie des Verstorbenen unser Dortmund-er Partei-Organ ermächtigt, zu erklären, daß Z. ruhig und gefaßt, ohne nach geistlichem Trost zu verlangen, im Kreise seiner Angehörigen verschieden ist, treu den Prinzipien, die er sein Leben lang hindurch verfochten hat.

Protest gegen die letzten Stadtverordnetenwahlen haben die Brandenburger Genossen an den dortigen Magistrat abgehen lassen. Es wird darin die Ungültigkeitserklärung der Wahlen in allen drei Abtheilungen beantragt und zwar unter der Begründung, daß in den Wählerlisten eine große Anzahl Nichtwahlberechtigter verzeichnet stehen. Im Ganzen sind 122 Personen näher bezeichnet, welche unberechtigt in der Liste der Stimmberechtigten verzeichnet stehen. Personen, welche bei Aufstellung der Listen bereits in Konkurs sich befanden, sind ebenfalls mit aufgeführt. Das ist die „Ordnung“ derrer, welche die Sozialdemokratie die Partei der „Unordnung“ und des „Unsturzes“ zu nennen beliebt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Wegen Verbreitung des „Bonkott-Flugblattes“ in Magdeburg wurden der Genosse Zähler und der Druckereibesitzer Arnoldi zu je 100 M. event. 20 Tagen Haft verurtheilt. In dem Flugblatt war gesagt, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter in Gefahr sei, daß Militär- und Polizeibehörde sich vereinigt haben, um die Arbeiter völlig rechtlos zu machen. (Es war namentlich die Saalabtreibererei gemeint.) Nach den Ausführungen des Anwalts sei das eine Verbreitung fivral erfundener Nachrichten sensationellen Gepräges, Nachrichten, die geeignet erscheinen in den Reiben des Publikums Tumult und Verwirrung zu erregen und den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung zu gefährden. Das Gericht trat dieser ungeheuerlichen Auffassung bei und verurtheilte beide Angeklagte, wie oben angegeben. Auch hier mußte wieder der „grobe Unfugs“-Paragraph aushelfen.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.) Brüssel, 13. Dezember. An die Korpskommandanten erging heute ein Erlaß des Kriegsministers, in welchem die Einführung revolutionärer Broschüren und Zeitungen in die Kasernen, ferner jede politische Propaganda in der Armee auf das energischste verboten wird.

Briefkasten der Redaktion.

Fran L., Lindenstraße. Nennen Sie uns im Einzelnen die Namen der Lehrer, welche die von Ihnen geschilderten Angehörigkeiten begangen haben.

Wachmann. Wenden Sie sich an den Verband der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter.

Waldenburg-Eisenbahnarbeiter. Ihre Beschwerde gehört, wenn begründet, vor den preussischen Landtag.

L. S. Sie bedarf polizeilicher Genehmigung.

1000 Weikenseer. Nein.

Frohn-Hordisleben. Ihren Klageanspruch auf Entschädigung wegen Entlassung ohne Kündigung, auf Zahlung des Restes verdienten Lohnes u. s. w. erscheint nicht aussichtslos. Die Klage müßte bei dem Gewerbegericht, das etwa für den Bezirk der Arbeitsstätte besteht, und, falls solches nicht besteht, bei dem Gericht des Wohnsitzes des Arbeitgebers angetragen werden.

J. Zeit. Zur Abnahme oder Bezahlung der von Ihnen nicht bestellten Bücher sind Sie nicht verpflichtet. Haben Sie etwa einen Bestellschein unterschrieben, so liegt eine hinreichende Bestellung vor.

Schlösser, Rigdorf. Falls Sie nicht etwa vereinbart haben, daß die Bestimmungen des alten Miethevertrages auch für die neue Wohnung gelten sollen, können Sie zum 1. April kündigen. Sie müßten diese Kündigung spätestens am 1. Januar erklären, thun gut, die Kündigung früher auszusprechen.

Re. 1. und 2. Die Denunziation hätte keinen Zweck. 3. Der Vater hat das Recht, sein eheliches Kind zu sich zu nehmen. Liegt die Sache so, wie Sie sie schildern, so kann keine Rede davon sein, daß Ihr Bruder bestraft wird.

U. 100. Das Geld kann verbraucht werden.

H. B. Zeist der Vermietler nicht dasjenige, was vereinbart ist, so hat der Mieter das Recht, auf Kosten des Wirthes das fehlende zu beschaffen und die Kosten von der Miethe abzugreifen oder, falls Vermietler trotz Aufforderung das Vereinbarte nicht beschafft, vom Vertrage abzugehen und Schadenersatz zu leisten.

H. C. 12. Die Koblenzer Steuer müssen Sie zahlen.

C. B. 100. Bis spätestens am 31. Dezember dieses Jahres.

Weikenseer. Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren Kinder und Pflegebefohlene ohne gesetzlichen Grund und trotz erfolgter amtlicher Aufforderung der Impfung entzogen geblieben sind, werden mit Geldstrafe bis 50 M. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft. Sie sind also nicht strafbar, können das zweite Kind jedoch jezt impfen lassen.

Karl S. Die Klage wäre erfolglos, wenn der Gutsherr zur Versicherung seiner Arbeiter in der Krankenkasse nicht verpflichtet war. Ob er dazu verpflichtet war, hängt davon ab, ob die dortige Gemeinde durch ein Ortsstatut eine dahingehende Verpflichtung ausgesprochen hat. Danach, ob das der Fall, müssen Sie bei der dortigen Gemeinde sich erkundigen.

Fr. Kisse. Zur entgeltlichen Verbreitung von Druckschriften bedarf es polizeilicher Genehmigung.

J. R. 100. 1. Die Zusammenstellung der hauptsächlichsten Bestimmungen über Verjährung ist wiederholt an dieser Stelle und in redaktionellen Theil erfolgt. Sie wird demnächst abermals erscheinen. 2. Beim Vorauszahlung zwischen Wirth und Mieter oder Schlafsturschen nicht vereinbart ist, so ist Mieter und Schlafstursche nur zu Postnumerandozahlung verpflichtet.

G. Sch. Brandenburgstr. Amtsgericht Berlin I. Neue Friedrichstraße 13, Anmeldestube. Dort können Sie zu gerichtlichen Protokollen anerkennen, was Eigenthum Ihrer Frau ist, und auf ehemännliches Nießbrauchs- und Verwaltungrecht verzichten. Nehmen Sie ein Verzeichniß des Eigenthums Ihrer Frau und diese mit.

Elise. 1. 2. Leider Nein. 3. Der Mann hat zu zahlen.

G. J. Sorauerstr. Nein: falls Sie die Ihnen bewilligten Ratenzahlungen (für Krankenhaustkosten u. s. w.) einhalten, gehen Sie des Wahlrechts nicht verlustig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 14. Dezbr. **Opernhaus.** Die Meisterfinger von Nürnberg. **Schauspielhaus.** Die Ahrenschooper. Gannelle. **Deutsches Theater.** Der Talisman. **Berliner Theater.** Hamlet. **Festung-Theater.** Die Großstadtluft. **Friedrich-Wilhelm-Büdi-Theater.** Der Bettelstudent. **Reichers-Theater.** Die Dragoner. **Neues Theater.** Jugend. **Central-Theater.** Die eiserne Jungfrau. **Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi. **Viktoria-Theater.** Die sieben Raben. **Alexanderplatz-Theater.** Ein Kind der Sünde. **National-Theater.** Schumann auf der Weltausstellung in Chicago. **Theater Unter den Linden.** Der Milado. Hierauf: Pierrot-Savotte. **American-Theater.** Die Trodenwohner oder das Kind in der Kommode. Die Gründung Roms in der Möckernstraße. **Wintergarten.** Spezialitäten - Vorstellung. **Reichshallen-Theater.** Spezialitäten - Vorstellung. **Apollo-Theater.** Spezialitäten - Vorstellung. **Schaumann's Variété.** Spezialitäten - Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen. **Preciosa.** Schauspiel in 4 Aufzügen von Pius Alexander Wolf. Musik von Carl Maria von Weber. Regie: Max Samst. **Kasseneröffnung** 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. **Morgen:** Volksvorstellung. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30. **Vorlesete Woche.** Zum 36. Male:

Die eiserne Jungfrau.

Poffe mit Gesang in 3 Akten von Charles Clairville. Musik von Louis Barnay. **Anfang:** 7 1/2 Uhr. **Morgen** und die folgenden Tage: Die eiserne Jungfrau.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. **Vorher:** **Die Bajazi.** Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. **Anfang** 7 1/2 Uhr. **Morgen:** Diefelbe Vorstellung.

American-Theater.

Heute zum 58. Male: **Die Gründung Roms** in der Möckernstraße.

!! Auf vielseitigen Wunsch !!

Die Trockenwohner

oder: Das Kind in der Kommode. !! Neue Aufführung !! **!! Nur 10 Vorstellungen !!** **Auftr. sämtl. Spezialitäten.** **Anfang** Wochentags 7 1/2 Uhr, **Sonntags** 6 1/2 Uhr.

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz. **Täglich: Grosse Spezialitäten - Vorstellung** von nur Künstlern I. Ranges: **Bernhard Leitner,** Athlet und Preisringer. Kraftproduktion in 2 Pferden. Familie Ueberle, Parterre-Gymnastiker. Gebr. Palmer, Gymnast. Zahnproduktion. Signorina Kathi, Drahtseilkünstlerin. Fr. Möller, Schlangendame. Fr. Torci Kör, Ungarische Sängerin und Tänzerin. Georg Cordes, Gesangshumorist. **Anfang:** { Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr. **Entree:** { Sonntags 75 Pf. Wochentags 50 Pf. **A. Zimmermann.**

Alcazar. Dresdenstr. 52/53 Annenstr. 42/43 **Täglich:** **Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.** **Francis Era** am asiatisch. Luftapparat **Arthur Valeno,** der für n. jährige Wunderknahe. **Neu!** **Neu!** **Von der Straße.** Poffe in 2 Akten von K. Anno. **Entree:** Wochentags 15 Pf. **R. Winkler.**

Etablissement Buggenhagen. **Moritz-Platz.** **Täglich:** Gr. Instrumental-Konzert. **Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.** **Spezial-Auswahl von Vahenhofer Lagerbier,** hell und dunkel. **An den Wochentagen** findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, **Entree 10 Pf., Sonntag** in dem oberen Saal, **Entree 25 Pf.,** statt. **Säle** für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

Passage-Panopticum. **Ein Weihnachts-Märchen** von Dr. Jul. Lohmeyer. Musik von Th. Krause. 

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. **Welt u. größt. Stablfestm. Berl.** **Neues Programm.** **Täglich** von 6 1/2 Uhr ab: **Concert d. ungarisch. Magnaten-Kapelle** und Auftreten von **Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.** **Anf. Wochent.** 7 1/2 Uhr. **Entree 15 Pf.,** **reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 8 Uhr.** **Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf.** **Anerkannt gute Küche.** **Säle** für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Regelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. **Spieler zahlen kein Entree.** **Carl Koch.**

Circus Renz.

(Karlstraße.) **Donnerstag, den 14. Dezember,** **Abends 7 1/2 Uhr:** **Gr. Extra-Vorstellung.** **U. a.:** 8 arabische Schimmelhengste, vorgeführt von Herrn R. Renz. Das Feuerpferd Elmar, vorgeführt von Fr. Oceana Renz und Paria, geritten von Fr. Oceana Renz und Frau Renz-Stark. Prinz, geritten von Herrn R. Renz. Der urkom. Clown-Imitator Mr. Ybbs. Der Clown Merkel mit feinem Esel Pipifax. **Mr. Lavator Leo x.** **Zum Schluss:** **Guldigungsgruß an Berlin.** **Gr. Parade-Schauspiel v. Dir. Fr. Renz,** mit Aufzügen, Festspielen, Solo- und Ensemble-Tänzen von 80 Damen. **Preise** der Plätze wie gewöhnlich. **Freitag: Grosse Vorstellung.** **Fr. Renz, Direktor.**

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse. **Donnerstag, den 14. Dezember,** **Abends 7 1/2 Uhr:** **Gr. Elite-Vorstellung.** **Besonders hervorzuheben:** **Zum 1. Male:** Die doppelte hohe Schule, geritten mit 2 Schulpferden ohne Zaum und Zügel von Fräulein Eugenie Lecousson. (Neu für Berlin.) 2 Athleten zu Pferde, Herren Adolf Schumann u. Agimoff. Reitskünstlerin Miss Margerithe. „Brillant“ in der hohen Schule geritten von Herrn Max Schumann. Original-Clown William Olschansky mit seinen dressirten Raben und Ratten. Gastaufr. der berühmten **Reiterinnen Geschw. Ferno.** **Potpouri** mit 6 Pferden. **Original-Dressur** des Herrn Max Schumann. **Zum 6. Male:** **Cancan vor Gericht.** Ballet-Parade in 2 Tableau. **1. Tabl.: Ein Maskenball im Bal mabile.** **2. Tabl.: Vor Gericht.** **Serpentintanz** von 4 Damen. **Cancan à la Parisienne.** **Morgen:** Gr. Vorstellung mit neuem Programm. **Hochachtungsvoll** und ergebenst **G. Schumann, Direktor.**

Unserem Stammbücker 656b **Carl Schuhmacher** zum heutigen Wiegenfeste ein brausendes Hoch, dass Leinewebern und Konsorten Angst und Bange wird. **Die Typen- und andere Greifer.** **Wie** wär's denn heute mit einem „Eingeübten“ oder „Hugo oben“?

Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege **Friedrich Ritzefeld** im Alter von 33 Jahren an der Lungentuberkulose verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. Mis., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofs statt. Die Kollegen der Pianofortefabrik von **Kling, Schröder & Co.**

Castan's Panopticum. **Weihnachts-Ausstellung** „Es war einmal!“ Ein Märchen-Cyclus.

Präuscher's Museum. Tausende von anatomischen Präparaten. **Schnitzkanal durch fünf Körper.** **Gladiatoren-Kampf.** **Wunder d. Ceroplastik u. Mechanik.** **Täglich** von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren. **Dienstag und Freitag: Damentag.**

Rosenthaler Clubhaus 11/12 Rosenhallerstraße 11/12. 2 Säle (Bühne) bis 500 Personen fassend, zu Versammlungen und Festlichkeiten. **Ant III 2666. [6886] W. Brüning.**

W. Noack's **Concert- und Gesellschafts-Säle,** **Brunnenstrasse No. 16.** **Täglich:** **Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.** **Jeden Sonntag und Donnerstag:** **Nach der Vorstellung: Tanz-Kränzchen.** **Avis!** Empfehle meine hocheleganten Säle mit elektr. Beleucht. f. Vereine und Privatfestlichkeiten zu den koulant. Bed.

Achtung! Ein Verein (gewerkschaftlich) beabsichtigt in einem der größten Lokale Berlins am 3. Februar 1894 einen Wiener Mastenball zu arrangiren und sucht derselbe zur Theilnahme einen anderen Verein, dessen Tendenzen dieselben sind, zum event. größeren Bilet-Abfah. Größtes Entgegenkommen zugesichert. Gefällige Offerten unter **E. M. 3** bitte bis 30. Dezember 1893 in der Expedition des „Vorwärts“ niederzulegen.

Presskohlen. **Marko Centrum,** anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche geben: **6 Zoll = 16 cm lang 5. — M. pro Tausend,** **7 — 18 6.25** **frei Keller, mit Fuhrlohn und Packen.** **Probekohlen gratis frei Haus.** **Frischeisen & Co.,** **Postbuser Ufer Nr. 30.** **Comptoir: Wienerstr. 18. 597b**

Köpenick, Markt 96. **Zum** Weihnachtsfest empfehle mein Lager von Eisen, Porzellan und Spielwaaren zu äußerst billigen Preisen! **660b*** **Ad. Vollmering.**

Tanzmäuse, Affen, Meerschweinchen, v. Katten, Vögelbauer, Eichhörnchen, Kaninchen, Tauben, u. Vogel aller Art. **kaufst, u. verkaufst Redmann's Thierhandlung, Berlin, Madaistr. 2, am Schles. Bahnh. 687b**

Rähmaschine zu verl. b. Rothmann, Schönleinstr. 10, 4 Treppen. 683b*

Destillation verkauft **Wildenhahn,** Bernauerstr. 7. 685b

Jede Uhr unter Garantie **softet** bei mir zu repariren **1,50 Mk.** (außer Bruch) **Keine Reparaturen** entsprechend billiger. **Uhren, Gold- u. Silberwaaren** **C. Wunsch, Mannstr. 39,** **u. d. Oranienplatz**

Dann's **Spezial-Trauer-Magazin** **Neander-Strasse 38** empfiehlt Artikel zur Trauer. **Bitte** genau auf Firma zu achten.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. **Freitag, den 15. November, Abends 8 1/2 Uhr,** in den **Germania-Festsälen, Chausseest. 103:** **Außerord. General-Versammlung.** **Tages-Ordnung:** 1. Die Nothwendigkeit der politischen Organisation. Referent: Reichstagsabgeordneter **Bueh-Nischhausen.** 2. Diskussion. 3. Bestätigung der von den Abtheilungsführern vorgeschlagenen Bezirkswahlkreise. 4. Beschlußfassung über die Ausgabe der Protokolle von den Verhandlungen des Kölner Parteitages an die Mitglieder. 5. Verschiedenes und Fragelasten. 6. Wahl eines Vergütungskomitees zum Stiftungsfest. **NB.** Das Stiftungsfest findet am 11. Februar 1894 in den Germania-Festsälen statt. **Der Vorstand.**

Achtung! Maurer Berlins! **Sonnabend, den 16. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Brodnow, Sebastiansstraße 39:** **Zweite öffentliche Versammlung** für Männer und Frauen. **Tages-Ordnung:** 1. Fortsetzung und Schluß des Vortrages des Genossen **A. Hoffmann** über: „Die zehn Gebote und die bestehenden Klassen.“ 2. Diskussion. — **Nach der Versammlung: Tanz-Kränzchen** arrangirt vom Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend. **Entree** à Person **20 Pf.** Die Versammlung wird dieses Mal Punkt 8 1/2 Uhr eröffnet. Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein **1891/19 C. Blaurock, Oberbergerstr. 18.**

Große öffentliche Versammlung sämtlicher **143/3** **Droschkenkutscher Berlins u. Umgegend** **Freitag, den 15. Dezember, Abends 9 Uhr,** im Lokale des Herrn **Müller, Johanniststraße Nr. 20.** **Tages-Ordnung:** 1. Die Lohnfrage und die neue Uniformirung der Tagemeterkutscher. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. Das Erscheinen aller Droschkenkutscher ist der wichtigen Tagesordnung wegen erforderlich. **Der Einberufer: A. Schulz, Falkensteinstr. 17.**

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW., Beuth-Strasse 2. **Freitag, den 15. Dezember 1893** gelangt zur Verendung: **Gegen den Militarismus und gegen die neuen Steuern.** **Zwei Reichstags-Reden** von **A. Bebel und W. Liebknecht** gehalten bei der **Berathung des Reichshanshalts-Stats** am 27. und 30. November 1893. **56 Seiten Großoktav mit Umschlag.** **Preis** einzeln **10 Pfg.,** für Colporteurs **6 Pfg. franko.** **Die Schrift** eignet sich vorzüglich für den Massenvertrieb, namentlich auf dem Lande; die beiden Reden enthalten nicht bloß die rückhaltlose Verurtheilung der neuen Steuervorlagen, sondern zugleich auch die schärfste Kritik der gesammten Regierungs-Politik, die gegenüber den Anforderungen des Militarismus die hauptsächlichsten Kulturaufgaben vernachlässigt. **Bestellungen** sehen wir umgehend entgegen, um in der Verendung keine Unterbrechung eintreten lassen zu müssen. **Buchhandlung des „Vorwärts“** Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerzlos Thierleben und andere Werke **Goldstein, Oranienstr. 123.** **Echt Stonsdorfer Likör** à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,—, 50 Liter 47,50, 100 Liter 90,—. **Eugen Neumann & Co.** **6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.**

Die Aushierung, welche ich gegen den Restaurateur **Schonheim** ausgesprochen habe, ist auf einen Irrthum zurückzuführen und nehme dieselbe hiermit zurück. **[682b] Frau Köhler.**

Die Beleidigung gegen **Bertha Peters** nehme ich hiermit zurück. **690b** **L. Therese Siegmänn.**

Vereinshimmer m. Pianino ist zu verp. **Beuthstr. 11. C. Langkutt. 5149b***

Bücher-Ankauf **Meyer's u. Brodhaus** Verika, Brehm's Thierleben und andere Werke **Antiquariat Kochstraße Nr. 56 I.**

Musik-Instrumente **kaufst** man am besten direkt in der **Instrument-Fabrik von Carl Schulze,** **Berlin SW., Linden-Strasse 106.** **Großes Lager** in allen Streichinstr., Zithern, Harmonika's, Symphonions, sowie sämtl. Musikwerken. **64/16**

Jeden Donnerstag: **Gr. Gänse-Ausspielen** auf 2 Billards. Gänse nicht unter 10 Pfd. **5148L*** **C. Langkutt,** **11 Beuth-Strasse 11.**

Arbeitsmarkt. **Sohn** ordentl. Eltern, w. Lust hat, **Barbier** z. lernen, sucht e. Meister. **Adr. B. Großmann, Schulstr. 55, Querg. IV. r.**

Herzliche Bitte. **Kräftiger Arbeiter,** wehrtauglich, 15 Wochen keine Arbeit, sucht Beschäftig. irgend welcher Art. **Zu** erfr. b. **Streife, Wangelstr. 115, v. 2 Trupp. r. 5843B**

Goldleisten. **689b** **Tüchtige** Vergolderinnen finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung **Ed. Reihlow u. Co., Köpckestr. 100a.**

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung vom 13. Dezember 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf von Caprivi, von Bötticher, v. Marschall, v. Heyden, v. Berlepsch.

Auf Antrag des Abg. Schmieder (F. Sp.) beschließt das Haus, daß das gegen den Abg. v. Reibniz schwebende Strafverfahren eingestellt werden soll.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl von sechs Mitgliedern zu der Kommission für Arbeiterstatistik, wozu folgender Antrag vorliegt: Den Reichskanzler zu ersuchen, eine Abänderung des dem Reichstage mittels Schreibens des Herrn Stellvertreters des Reichskanzlers vom 24. März v. J. mitgetheilten Regulativs für die Errichtung einer Kommission für Arbeiterstatistik dahin zu veranlassen, daß die nach § 2 vom Reichstage zu wählende Zahl von Mitgliedern von sechs auf sieben erhöht werde.

Abg. v. Suol (Z.) empfiehlt den Antrag, weil es sich nicht als möglich erwiesen habe, die Wahl vorzunehmen, da bei der Wahl von sechs Mitgliedern es nicht möglich sei, allen berechtigten Wünschen zu entsprechen; er bittet die Wahl von der Tagesordnung abzusehen.

Staatssekretär v. Bötticher: Das Regulativ für die Errichtung einer Kommission für Arbeiterstatistik ist von dem Herrn Reichskanzler unter Zustimmung des Bundesraths erlassen; eine Abänderung des Regulativs im Sinne der Resolution würde also nur möglich sein unter Zustimmung des Bundesraths.

Der Antrag v. Suol wird angenommen und die Wahl von der Tagesordnung abgesehen.

Darauf wird die zweite Beratung des rumänischen Handelsvertrages fortgesetzt.

Abg. Vieber (Z.): Mit dem Grafen Mirbach bin ich damit einverstanden, daß die Landwirtschaft sich in einer Nothlage befindet, aber ich kann mich nicht davon überzeugen, daß durch die Ablehnung des rumänischen Handelsvertrages auch nur im mindesten der Nothlage abgeholfen würde.

Preussischer Handelsminister v. Berlepsch: Es ist der Versuch gemacht worden zu beweisen, daß dieser Vertrag nicht bloß der Landwirtschaft Nachtheil bringt, sondern daß er auch den Industriellen gar keinen Nutzen bringe.

Abg. v. Bennigsen (nl.): Daß die Landwirtschaft sich zusammenhang zur Vertretung ihrer Interessen, ist ein berechtigtes Vorgehen. Nachdem die Landwirtschaft versucht hat, sich eine wirksame Vertretung zu schaffen, wie Handel, Industrie und die Arbeiterkassen, hat man hier im Reichstage diesen Versuch mit Hohn und Spott begleitet und es ist begreiflich, daß daraus eine gewisse Verstimmung und Erbitterung entsteht.

Abg. v. Ploch (nl.): Die Verhandlungen der Kommission haben unsere Anschauungen nicht ändern können (Lachen links), daß die Landwirtschaft benachtheiligt wird. Wenn wirklich der Export nach Rumänien etwas eingeschränkt wird, so ist das nicht so bedenklich als die Schwächung des einheimischen Marktes, der einheimischen Kaufkraft.

Staatssekretär v. Marschall: Die Behauptungen des Vorredners, daß der Vertrag mit Rumänien der deutschen Landwirtschaft Nachtheil bringt, ist unrichtig. Zur Entscheidung dieser Frage genügen nicht Telegramme und Zuschriften (Sehr richtig! links), sondern es müssen sachliche Beweise beigebracht werden.

Abg. v. Bennigsen (nl.): Daß die Landwirtschaft sich zusammenhang zur Vertretung ihrer Interessen, ist ein berechtigtes Vorgehen. Nachdem die Landwirtschaft versucht hat, sich eine wirksame Vertretung zu schaffen, wie Handel, Industrie und die Arbeiterkassen, hat man hier im Reichstage diesen Versuch mit Hohn und Spott begleitet und es ist begreiflich, daß daraus eine gewisse Verstimmung und Erbitterung entsteht.

idealen deutschen Unterhändler hätte ich kennen lernen mögen, der mit einem auf Getreide-Export angewiesenen Lande einen Vertrag abschließt, welcher für landwirthschaftliche Produkte keine Ermäßigung gewährt, aber der Industrie Vortheile bringt. Ein großer Theil der Agrarier war damals der Meinung, daß die Herabsetzung der Getreidezölle nicht bedenklich sei, wenn auf 12 Jahre die Sicherheit gewährt wird, daß der Zoll von 3,50 M. festgehalten wird; denn damals schien es, daß der 5 Mark-Zoll nicht lange aufrecht erhalten werden könne.

Abg. Rasmring (M. P.) erhält das Wort; in der großen Unruhe, welche nach der Rede Bennigsen's entsteht, geht aber der Anfang seiner kurzen Rede verloren und es ist nur zu verstehen, daß der Redner sich gegen den Handelsvertrag ausspricht; er schließt mit den Worten: Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt!

Abg. Schoenau (Soz.): Herr v. Bennigsen hat das hier gar nicht hergehörende rothe Gespenst aufmarschieren lassen. Es ist selbstverständlich, daß vernünftige Menschen das, was in Paris geschehen ist, mißbilligen müssen. Die Regierung hat sich dagegen verteidigt, daß sie die Unterstützung der Sozialdemokraten und Freisinnigen findet; es ist nicht unsere Schuld, daß dies so selten vorkommt. (Heiterkeit.) Wenn die Regierung etwas nützlichliches will, werden wir sie immer unterstützen.

Agraristen gar keinen Nutzen. Gerade aus Posen, Pomern, Schlesien wandern die meisten ländlichen Arbeiter aus, und die Sachverständigen ist auch kein Beweis, daß es ihnen unter ihrem Schutz gut geht. Das sehen die ländlichen Arbeiter dann auch ein. In Mecklenburg-Schwerin sind bei den letzten Wahlen 29 pCt. sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden und der Kreis Zeltow, aus dem Herr Wöhl eine Deputierte gegen den Handelsvertrag vorlas, hat mit erdrückender Mehrheit einen Sozialdemokraten in den Reichstag geschickt. Die Kreis der Landwirtschaft wird nicht endlos, so lange die Landwirtschaft grobentheils in Lotterschaft feudaler Weise betrieben wird. (Achtung rechts.) Ein großer Teil des Kleinadels und der Großgrundbesitzer kann bloß noch künstlich erhalten werden durch Liebesgaben und Zölle, durch Ausbeutung des Volkes. Auch das Kleinbauernthum kann auf seiner Scholle nicht bestehen. Deshalb nicht? Weil Sie die Bauern legen, weil das Großkapital, die Latifundienwirtschaft, immer größere Fortschritte macht. Der kleine Junker hat zu theuer gekauft, er kann sich nicht einschränken, ebensowenig wie die Herren von der Börse. In der Geschichte wiederholen sich die Vorgänge, aber wenn sie das erste Mal tragisch sind, so erscheinen sie beim zweiten Mal tragikomisch. Die Ritterschaft wehrte sich vergeblich gegen die überhandnehmende Kaufmannschaft; sie unterlag. Damals war der Führer des Adels ein Sittlinger, heute Herr v. Manteuffel. (Heiterkeit.) Die Reichsritter hatten für sich die Streitschriften eines Reich von Hutten und heute haben die Adligen nur die Morgen- und Abendausgabe der „Kreuzzeitung“. (Heiterkeit.) Wenn jetzt die Landwirthe zu einseitig vorgehen, dann werden die Herren vom Zentralverband ihnen zeigen, wo Barchiel den Most holt. Die Organisation des Zentralverbandes der Industriellen ist so stark, daß wir dagegen verschwinden, und wenn die Herren Stumm und Krupp Ihnen den Fehdehandschuh hinwerfen, dann werden Sie trotz aller Ihrer Ritterlichkeit bei diesem Tourneer auf den Sand gesetzt werden. (Heiterkeit.) Wenn der Handelsvertrag abgelehnt wird, dann werden in landwirtschaftlichen Kreisen, bis weit hin zu den Strohdach fackelnden Gutbesitzern in Ostpreußen die Champagnertröpfchen knallen. Die Bauern wissen gänzlich, daß der Zustand, den der Vertrag für die Landwirtschaft herbeiführt, schon seit 2 Jahren besteht. (Zuruf rechts: Das wissen sie!) Nein, das wissen sie nicht. Das Herr v. Bennigsen von der großen Arbeiterbewegung gesprochen hat, ohne zu wiederholen, daß sie ihren Höhepunkt überschritten hat, hat mich gestört. Wahrheitsgemäß ist er durch den Erfolg seines Vorgesetzten darauf aufmerksam gemacht, daß an anderen Stellen diese Ansicht nicht besteht. Daß die Regierung der Industriearbeiter gedacht hat, ist erfreulich; sie hätte nur auch bei der Tabaksteuer daran denken sollen. Wenn die Arbeiter brotlos und unzufrieden gemacht werden, dann sind Sie (rechts) es, welche die Schuld daran tragen. Vom Parteistandpunkte aus könnten wir die Ablehnung des Handelsvertrages nur wünschen; Sie würden dann erst erleben, was es heißt, Leute, die schon nur von Hungerlöhnen leben, auf die Straße zu werfen. Ich glaube, wir haben genug an dem Junkerübermuth, der sich jetzt wie nie vorher geltend macht. Die Vertragspolitik betrachten wir als einen Fortschritt und bitten deshalb um die Annahme der Verträge. Den Junkern sind genug Geschenke gemacht: die Grundsteuer ist erlassen, die Liebesgaben, die Getreidezölle sind eingeführt u. s. w. Die Junker, der kleine Adel wird verschwinden; er wird aufgefressen vom Bankkapital und von den großen Magnaten. Wir haben kein Interesse diesen Prozess, der den sozialdemokratischen Fortschritt fördert, aufzuhalten. Jeder der Jüngern, der Finanzminister Miquel hat 1887, also zu einer Zeit, wo er längst seine politischen Majern überstanden hatte, in Frankfurt a. M. einen Vortrag gehalten über die historische Entwicklung des Grundeigentums. Er zeigte, wie das Eigentum allmählich in das Gemeinethum übergegangen ist: nicht der Individualismus gewinnt, sondern die Gemeinschaft. Das ist der beste Weg zum Grund und Boden-Kommunismus. Und gegen eine solche Entwicklung werden Sie nichts machen können. Es fragt sich jetzt, wollen Sie der eiden und klüden Selbstsucht der Agrarier wieder eine Konzession machen oder das Gemeinwohl schützen und stützen. Eins von Beiden giebt es nur. Möge die Volksvertretung zeigen, ob sie wieder die Interessen der Agrarier oder die Interessen der wirklichen Produzenten schützt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fürst Radziwiłł: Die Polen haben sich nicht davon überzeugen können, daß die Handelsverträge die vitalen Interessen der Landwirtschaft so verletzen, daß wir dagegen stimmen müssen. Wir wollen durch die Ablehnung der Verträge die scharfen ökonomischen Gegenfälle nicht noch vermehren. Wir wünschen aber, daß alle Anforderungen, welche von der Landwirtschaft gestellt werden, sorgfältig geprüft und gefördert werden.

Abg. Gräfe (Deutsche Reform.) Wenn Rumänien die Herabsetzung des Zolles von 5 auf 3,50 M. verlangt hat, dann muß die deutsche Landwirtschaft dadurch Schaden haben; deswegen werden wir geschlossen gegen die Handelsverträge stimmen. Ich wünsche im Interesse des deutschen Volkes, daß dieser Vertrag abgelehnt wird, das wäre das schönste Weihnachtsgeschenk für das arbeitende Volk.

Abg. Kröber (Südd. Volksp.) erklärt sich für den Vertrag und bespricht, daß die bayerische Landwirtschaft durch denselben besonders geschädigt würde. Die Landwirtschaft sei in Süddeutschland nicht so ausgebeutet, daß sie immer den Bedarf vollständig befriedigen könne.

Abg. Kuh (M.): Um die Sozialdemokraten zu bekämpfen, muß man den Bauerstand halten. (Zustimmung rechts.) Die Rathlage der Landwirtschaft ist der Grund unserer ablehnenden Haltung; die Nothlage ist hervorgerufen durch unsere schlechte Handelspolitik und durch die Handelsverträge. Die einmüthige Opposition der Landwirthe wird dem Reichskanzler zeigen, daß die Nothlage überall gleich groß ist. Die früheren Handelsverträge waren ein verheerendes Experiment, wir wollen kein weiteres Experiment machen. Man verlangt von uns Beweise. Hat man denn bewiesen, daß 50-60 000 Arbeiter brotlos werden? (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich nicht bloß um ein Stimmgebilde. Ich stimme gegen den rumänischen Handelsvertrag und gegen jeden Handelsvertrag, der von der jetzigen Regierung vorgelegt wird. (Zustimmung rechts.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Die verbündeten Regierungen haben die Herabsetzung der Zölle befürwortet im Interesse der Gesamtheit. Nun richtet sich die ganze unangenehme Empfindung der Landwirtschaft gegen das Reich. Wir haben das näher ausführen hören. In erster Linie ist der Reichskanzler angegriffen worden. Artikel 4 der Reichsverfassung setzt die Materien fest, die zur Kompetenz des Reiches gehören. Von der Landwirtschaft steht nichts darin, sondern nur von der Veterinärpolizei. Wie kommt man dazu, dem Reichskanzler zuzuschreiben, daß er von Reich wegen durch Unterlassungssünden die Landwirtschaft schädigt. Das Reich wird bei dieser Entwicklung der Dinge für die Landwirtschaft nur das thun können, was innerhalb der Grenzen des bürgerlichen Gesetzbuchs liegt: eine andere Gestaltung der Schulden, das Auktionsrecht, die Abfindung von Witterken u. s. w. Das sind Fragen von großer Tragweite und Bedeutung, die aber ihre Lösung erst nach langen Jahren finden können. Alles andere, was für die Landwirtschaft geschehen kann, ist Sache der Einzelstaaten. Ich als Reichskanzler muß die Verantwortung dafür ablehnen. Als preussischer Minister habe ich mein Theil auf mich genommen. Ich habe es als ein Kompliment betrachtet, daß einer der Redner auf das Rentengut-Gesetz verwies, das er als ein Geschenk für das Staatswohl bezeichnete. Ich wünschte, daß ich nur an solchen Gesetzen mitwirken könnte. Ich muß nun auf die Frage kommen, was wird, wenn die Verträge abgelehnt sind. Zunächst wird die Folge sein eine Schädigung des Ansehens des Deutschen Reichs im Auslande. (Sehr richtig! links.) Es kann eine Regierung nicht in ihrem Ansehen geschädigt werden, ohne daß das Reich darunter leidet. Die verbündeten

Regierungen werden geschädigt, wenn die Verhandlungen, die mit ihrem Borwissen und auf ihr Geheiß begonnen sind, an dem Widerstande des Reichstages scheitern, und namentlich dann, wenn er so wenig sachlich motivirt ist. (Sehr richtig! links.) Man kann einwenden, wenn man diese Gefahr voraussetzt, warum war man nicht vorsichtiger. Wenn man einmal Verträge mit Konventionaltarifen beschließt, ist es die Voraussetzung, daß, wenn nicht ganz besondere Umstände eintreten und wenn andere Staaten Aequivalente bieten, die Konventionaltarife ausgedehnt werden. Daran ist 1891 und 1892 Zweifel gewesen (Sehr richtig! links.) Wir waren um so mehr berechtigt, zu glauben, daß wir auch in diesem Reichstage auf eine solche Stimmung stoßen würden, weil ein erheblicher Theil der Agrarier mit uns gegangen war. Wir hatten auch das Provisorium mit Rumänien vorgelegt, und wir waren berechtigt anzunehmen, der Reichstag will auf diesem Wege weiter gehen. (Sehr wahr! links.) Daß die Regierung sich zu leicht in die Verhandlungen eingelassen hat, muß ich also zurückweisen. Daß 50 000 Arbeiter brotlos werden, ist für sie nicht so egal, wie für den Grafen Mirbach; die Folge der Ablehnung wird der Jollkrieg sein. Die verbündeten Regierungen sind in diese Politik mit vollem Bewußtsein eingetreten, weil wir genöthigt sind, unsere jährlich um eine halbe Million steigende Bevölkerungszahl zu ernähren. Die Landwirtschaft mag dazu weiter kommen, daß sie dem Boden mehr Früchte als bisher abringt. Aber ein Plus von einer halben Million Menschen jährlich zu ernähren, ist sie außer Stande. (Widerpruch rechts.) Das kann nur geschehen durch die Industrie und dieser muß der Export bewahrt werden, wenn wir nicht Menschen exportiren wollen. Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß es besser ist, die Menschen unserem Lande zu erhalten. Die verbündeten Regierungen werden diesen Standpunkt festhalten und die verbündeten Regierungen lehnen es ab, die Verantwortung für die Folgen der Ablehnung auf sich zu nehmen.

Abg. Sigl: Bayern wird schon jetzt mit rumänischem Getreide überschwemmt. Wir Bayern wollen nicht für ein Parteiinteresse, sondern für unsere Wähler sorgen. Wenn ein bayerischer Abgeordneter vom Zentrum, der für die Verträge gestimmt hat, nach Bayern zurückkommt, dann ist er ein gemachter Mann (Große Heiterkeit), d. h. er ist fertig und wird nie wiedergewählt werden. (Auf im Zentrum: Abwarten!) Die bayerischen Industriearbeiter haben keinen Vortheil von dem Vertrag. Man sagt, die Ablehnung mache Hunderttausend Arbeiter brotlos. Kommen denn nur die Industriearbeiter in Betracht? Wollen die Bauern nicht auch leben? Wenn die Bauern zu Grunde gegangen sind, haben sie kein Interesse mehr an ihrem Vaterland. Wenn Sie den Bauer todt gemacht haben (Große Heiterkeit), wird der Kriegsminister sich vergeblich nach Soldaten umsehen. Das Ende vom Liede wird sein, daß man uns unsere Existenz und unser Bayern so sehr verleidet, daß — (Auf: daß wir Preußen werden!) — Heiterkeit) — nein, wir belagern ja, daß man uns zu einer preussischen Oberpräsidentenschaft herabgedrückt hat (Große Heiterkeit). Ich bin überzeugt, wenigstens Dreiviertel der Zentrumswähler theilen meinen Standpunkt.

Ein Säkularantrag wird angenommen. Abg. Graf Mirbach (persönlich): Der Reichskanzler hat eine gestrige Aeußerung von mir mißverstanden. Ich sagte: „Der Abg. v. Stumm erwähnte, 100 000, vielleicht 150 000 Arbeiter werden zu Grunde gehen“. Infolge eines Zwischenrufes nahm ich die Zahl 150 000 zurück und fügte hinzu: „Das ist einerlei“. Das sagte ich in Relation zu den Millionen von Arbeitern. Nach der Ausführung des Reichskanzlers könnte man annehmen, daß es mir einerlei sei, daß die Industrie-Arbeiter geschädigt werden. Ich protestire gegen eine solche Unterstellung. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Herr Graf Mirbach hat mir eine Entstellung seiner Aeußerung vorgeworfen. Ich zitiere nach der Oldenburgischen Korrespondenz (Heiterkeit rechts), nach dem Blatt, welches, so lange der stenographische Bericht nicht da ist, im Ganzen den besten Bericht bringt: „Wenn Herr v. Stumm von der Entlassung von 50 000 Arbeitern sprach (Zuruf: 100 000!), ach das ist ja ganz egal.“ Diese Worte „ist ja ganz egal“ habe ich mir unmittelbar darauf notirt.

Abg. Graf Mirbach: Ich halte, was ich eben sagte, und die Konsequenz, die ich daraus zog, vollkommen aufrecht. Wenn man einen so schweren Vorwurf macht, muß man sich die Mühe den korrigirten stenographischen Bericht (Gelächter) nachzusehen. Der Herr Reichskanzler hätte auch die „Kreuzzeitung“ nachlesen können, worin es so steht, wie ich eben sagte.

In namentlicher Abstimmung wird darauf Artikel 1 mit 180 gegen 165 Stimmen angenommen.

Die Verhandlung des Ergebnisses wird mit lebhaftem Beifall auf der Linken und im Centrum aufgenommen. Rechts ertönt der Ruf: Pyrrhussieg! Für den Vertrag haben gestimmt geschlossen die Sozialdemokraten, die beiden freisinnigen Gruppen, die Polen, die große Mehrzahl der Nationalliberalen, die Wesen und etwa die Hälfte des Zentrums, sowie von der Reichspartei die Abgg. Krupp, Graf Moltke, Müller v. Garburg, Schulz-Lupitz, v. Stumm und v. Urube-Womsh, von den Deutsch-Konservativen die Abgeordneten Hohenhausen, Schilling-Först und Böhm-Mann. Mit Nein stimmen die Deutsch-Konservativen und die Reichspartei mit den obigen Ausnahmen; die deutsche Reformpartei geschlossen, die Hälfte des Zentrums und von den Nationalliberalen die Bayerlein, Platenborn, Fink, Gänther, Hahn, Seul von Herrheim, Hilde, Ofann, Münch-Herber, Graf Oriola, Schwerdtfeger, Walter und Weber-Heidelberg.

Die übrigen Artikel des Vertrages werden ohne Debatte genehmigt.

Schluß nach 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Dritte Verhandlung der Novelle zum Pensionsgesetz und zweite Besetzung der übrigen Handelsverträge.)

Tokales.

Kernsprechanschluss der Redaktion, Expedition und Buchhandlung des „Vorwärts“ Ami Nr. 1508.

Die Theilnahme an den Stadtverordneten-Wahlen. Nach einer im „Gemeindeblatt“ veröffentlichten Uebersicht erschienen bei den am 13., 14. und 15. November vollzogenen Hauptwahlen

in der 3. Abth.: 25 596 von 96 543 Wählern, also 26,51 pCt.	in der 2. Abth.: 4 558 von 18 049 Wählern, also 25,23 pCt.	in der 1. Abth.: 976 von 2 045 Wählern, also 47,73 pCt.
Danach war die Theilnahme am stärksten in der 1. und am schwächsten in der 3. Abtheilung. Gegen 1891 ist die Theilnahme in allen drei Abtheilungen geringer geworden. Von den eingeschriebenen Wählern erschienen		
1891	1893	also weniger
in der 3. Abtheilung 83,13 pCt.	26,51 pCt.	56,62 pCt.
2. „ „ 42,81 „	37,23 „	5,98 „
1. „ 50,74 „	47,73 „	3,01 „

Darnach war die Annahme am schwächsten in der 1. und am stärksten in der 3. Abtheilung. Unter den 44 Wahlbezirken, in denen eine Wahl stattfand (in 42 eine Erstwahlungs-wahl, in 2 eine Erstwahl) war die Theilnahme am stärksten im vierten Bezirk, in dem nur 16,82 pCt. aller eingeschriebenen Wähler erschienen. — Dieses Sinken der Theilnahmeziffer legt ein bezeichnendes Zeugniß für die große Abneigung gegen das Klassen-Wahlrecht und die ökonomische Abhängigkeit weiser Volklassen ab.

Der Nothstandsantrag unserer Genossen im rothen Hause gelangt heute zur Verhandlung.

Zur Farbe der Hausnummern schreibt man uns: Der Vorschlag in Nr. 291, die Hausnummern und Straßennamen statt schwarz auf weiß roth auf weiß herzustellen hat sichtlich auf den ersten Ansehen hin viel für sich. Indessen widersprechen doch die praktischen Resultate der Annahme, daß roth auf weiß leichter und besser als schwarz auf weiß zu erkennen sei. Im Hofe des hiesigen Rathhauses haben vor etwa einem Jahre Monate hindurch Nummern und Straßenschilder in den verschiedenartigsten Farben (weiß auf schwarz, schwarz auf weiß, roth, roth auf weiß, weiß auf roth, blau u. s. w.) ausgehängen. Diefelben habe ich bei Tag und in der Dämmerung angesehen und zu meinem Erstaunen gefunden, daß die jetzt angebrachten Schilder die bei weitem am besten leuchtenden waren. Sehr annehmbar erscheint mir aber der in denselben Nummer gemachte Vorschlag, die Hausnummern nahe der Klingel und die Zahl erhöht, ähnlich wie die Blindenschrift, anzubringen. In dem Projekte die Stadtgemeinde gegen das Polizeipräsidium nach einer früheren Mittheilung des „Vorwärts“ und anderer Berliner Blätter deshalb angekrengt hat, weil die Polizei die Stadt zur Erstattung der Kosten der Hauschilder zwingen will, wird wohl auch die in Nr. 291 wieder aufgerollte Frage entschieden werden.

Die Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe soll an den beiden Sonntagen vor Weihnachten laut Bekanntmachung des Landraths Stubenrauch für den ganzen Kreis Zeltow nur bis 6 resp. 7 Uhr Abends ausgedehnt werden.

Die Petition gegen den Tabaksteuerentwurf, die vom hiesigen Verein der Interessenten der Jigaren- und Tabakbranche veranlaßt worden ist, hat rund hunderttausend Unterschriften erlangt. Von den 3000 ausgegebenen Petitionsbögen sind indeß über 1200 noch ausständig, so daß eine bedeutende Steigerung der Zahl der Unterschriften noch zu erwarten ist. Es wird dringend ersucht, die noch ausständigen Petitionsbögen nunmehr umgehend an Krüger und Oberbeck, SW., Leipzigerstraße 63, gelangen zu lassen.

Mit scharfen Augen wach der Steuerfiskus über seine Leute und schwer bleibt seinen Blicken ein Brotkrümlein verborgen. Am allererschämtesten sind vor ihm die Beamten daran, deren Einkommen klar vor ihm zu Tage liegt und die daher mit ihrem festen Einkommen genau bis auf den Pfennig bleichen müssen. Aber sah der Fiskus bisher schon eifersüchtig auf seine Leute, so blüht er jetzt, wahrlich, damit die Kulturaufgaben nicht leiden sollen, noch scharfer zu und neuerdings hat er entdeckt, daß bei allen Beamten der Weihnachtswahl um diese Zeit umgibt — ergo müssen auch diese Gratifikationen besteuert werden.

Bislang war nur das etatsmäßig festgesetzte Gehalt steuerpflichtig, dagegen blieben alle außerordentlichen Bezüge, wie beispielsweise Weihnachtsgratifikationen, der Erwerb ausgefertigter Belohnungen u. s. w. außer Betracht. Mit dieser Praxis wird fortan gebrochen. Als Durchschneid für die Einschätzung der steuerpflichtigen Beträge wird das Gesamtverdienstvermögen aus den letzten drei Jahren zu Grunde gelegt. Daraus dürfte sich für den Fiskus eine beträchtliche Summe ergeben und diverse Beamtenkategorien, die nicht mit Zehntausendmark-Gehältern parodiren können, dürften vielleicht zu der Einkunft kommen, daß Summe Ergebenheit in das Schicksal auch nicht gerade zu den edelsten Tugenden gehört. So wird's überall helle.

Ein Antrag auf Aufnahme von Badestunden in den Stundenplan der Berliner Kommunal-schulen soll die heutige Stadtverordneten-Sitzung beschäftigen. Nach diesem Antrag sollen in den Schulen Baderäume errichtet werden, in denen die Schüler täglich unter Aufsicht der Lehrer baden sollen. Wie es weiter heißt, soll auch mit der weiteren Errichtung von Volksbade-Anstalten in allen Stadtbezirken begonnen werden. Wenn dabei ins Auge gefaßt wird, die theuren Preise in den Privat-Badeanstalten nicht zum Nutzen zu nehmen und nur Wäder zu 25 Pf. zu geben, so ist dies ja immerhin löblich, wenn wir auch selbst 25 Pf. für ein Bad noch theuer nennen und einer noch viel größeren Verbilligung des Wort reden möchten. Von einem wirklich wohlthätigen Einfluß auf die öffentliche Gesundheit kann nur dann die Rede sein, wenn zu jeder Jahreszeit die Gelegenheit zum unentgeltlichen Baden gegeben ist. Zu einem solchen Schritt wird es natürlich die manchesterliche Tradition unserer Stadtvertretung nicht kommen lassen. Die Gedankenrichtung unserer städtischen Behörden vom Freilicht tritt schon dadurch in fast komischer Weise zu Tage, daß selbst für die Verbilligung auf 25 Pf. nicht die Rücksicht auf das Portemonnaie des Publikums, sondern das warme Herz für die Weisheit von Privat-Badeanstalten maßgebend gewesen ist. Man will es nämlich beim 25-Pfennig-Bad bewenden lassen, um diesen Herrn, die 50 Pf. für ein Bad fordern, nicht ins Gehege zu kommen. Konsequenter Weise muß unsere manchesterliche Stadtvertretung denn auch das städtische Bad zu 25 Pf. so unbegreiflich gestalten, daß das bürgerliche Publikum ihm auf jeden Fall fernbleibt und nur der Fleiß sich in eine solche Anstalt hineintraut. Selbstame Blüthen treibt doch die unentwegte Scheu vor der Heiligkeit des Privateigentums.

Zum Charitee-Vorhof. Wir theilen den Krankenkassen in folgendem diejenigen Privatkliniken mit, die sich zur Aufnahme von erkrankten Kassenmitgliedern zu den ortsüblichen Sätzen bereit erklärt haben:

1. Für Haut- und Geschlechtskrankheiten: Dr. Blaschko, Friedrichstr. 104a. Dr. Güterbock, Neuenburgerstr. 14. Dr. Jaack, Gr. Friedrichstr. 171. Dr. Rosenthal, Oranienstr. 41. Dr. Saffar, Karlsru. 19. Dr. Witte, Friedrichstr. 198.
2. Für Frauenkrankheiten: Dr. Abel, Potsdamerstr. 122. Dr. Arendt, Potsdamerstr. 114. Dr. Bunge, Louise-Platz 17. Dr. Gumpin, Karlsru. 88. Dr. Hühfess, Schiffbauerdamm 81/82. Professor A. Martin, Casselerstr. 85. Dr. Landau, Phillystr. 21. Dr. Odebrecht, Königgräferstr. 93. Dr. Veit, Königin Augustastr. 12.
3. Für chirurgische Kranke: Dr. Habra, Markstr. 1. Dr. Levy, Prenzlauerstr. 36a. Dr. Settegast, Oranienstr. 75. Dr. Schleich, Friedrichstr. 250.
4. Für Geisteskrankheiten: Dr. Destréich in Nieder-Schönbäumen. Die Städtische Irren-Heilanstalt. Städtisches Krankenhaus Friedrichshain. Urban.
5. Für Geisteskrankheiten, sowie isperlich auch Geschlechtskrankheiten. Maison de santé Schöneberg (150 Betten). Die Krankenkassen-Kommission.

Die öffentlichen Impfungen werden zum Theil in einer Weise vollzogen, die unsere herrliche Kultur, deren Aufgaben bekanntlich trotz der Pest des Militarismus nicht leiden sollen, in einer mehr als zweifelhaften Beleuchtung erscheinen läßt. Am vergangenen Sonntag waren in der Turnhalle Wilhelmstr. 117 500 bis 600 Frauen anwesend und warteten, ihre armen Wärmer auf dem Arm, lebenden Fußes der Dinge, die da kommen sollten. Bänke oder Stühle zum Niedersehen gab es nämlich im ganzen Raum nicht, und die Entkleidung der Kinder mußte dabei

auf dem schmutzigen Fußboden vorgenommen werden. Nach einer Weile kam ein Arzt mit etwa sechs Studenten und nun ging die Arbeit tapfer los, denn die angehenden Mediziner zeigten Muth und griffen wacker die Kleinen an. Trotz aller Mühe ging die Impfung aber äußerst langsam vorwärts und das Geschrei der Säuglinge, die Ungebuld der Stundenlang wartenden Mütter nahm bald derartig unangenehme Formen an, daß der Leiter der Prozedur kaum aus und ein wachte und in seiner Noth mehrfach nach einem Schutzmännchen rief. Sollte derartige Zustände nicht trotz des Militarismus ein Ende zu machen sein? Kezge giebt es doch genug und Schulzimmer, in denen die Mütter sitzen können, ebenfalls; warum wird also nicht für die allernothwendigste Bequemlichkeit gesorgt? Etwa nur weil die Impfung die Kinder der Armen sind? Antwort wäre erwünscht.

Verhaftet worden ist bei seinem vorübergehenden Aufenthalt in Berlin der frühere verantwortliche Redakteur unseres Magdeburger Partei-Organs, Leopold Böcke. Angeblich soll Fluchtverdacht die Ursache dieser befremdlichen Maßregel gewesen sein.

Zu Sachen der unheimlichen Sendung an den Kaufmann Friedländer, Neue Wilhelmstr. 2, wird heute weiter gemeldet, daß als mutmaßlicher Thäter durch einen Lehrling ein früherer Diener der Firma Gebrüder Friedländer u. Maas verdächtigt wird, der im September entlassen wurde. Dieser möchte aber im Hinblick auf die Handschrift der Adresse einen Mitwisser haben.

Das Café Bauer wird seit einigen Tagen bereits um 2 Uhr Nachts geschlossen. Man denke aber beileibe nicht, daß der Minister Gerechtigkeit insoweit zu üben beliebt, als er den Ullrich-Schlus, der für anfängliche Arbeiterlokale besteht, jezt auch allmählig auf Café's ausdehnen will. Nein, von Krähwinkelien ist man in dieser Beziehung eben frei und auch das Café Bauer wird bald wieder die ganze Nacht seine Porten geöffnet haben. Es handelt sich nur darum, daß der neue Konzessionsinhaber sich die volle Nachkonzession erwirkt und diese wird zur Vermeidung des bürgerlichen Unwillens bald eintreffen, da offenbar die Bedürfnisfrage vorliegt. Café's werden nicht wie Arbeiterlokale behandelt.

Aus den Untersuchungsgefängnissen, Strafgefängnissen und Juchhäusern röhrt ein Theil der Aufrufe her, welche mit Rücksicht auf das Herannahen der kälteren Jahreszeit und besonders des Weihnachtsfestes zu Spenden für Arme auffordern. Es wird in diesen Aufrufen darauf hingewiesen, daß viele Frauen und vor allem viele Kinder, trotz aller Unschuld und Ehrlichkeit, Noth leiden müßten, während die Väter und oft auch die Mütter ihre Strafbüßen abbüßen. In manchen dieser Aufrufe wird gesagt, daß die Angehörigen von Angeklagten oder Verurtheilten nur deshalb Noth leiden müßten, weil sie eben durch die Abwesenheit des Ernährers des Einkommens beraubt seien. Das steht fast wie eine Entschuldigung der Unterzeichner der Aufrufe aus, daß sie es wagen, allen gegenseitigen Versicherungen zum Trost doch einen Nothstand anzuerkennen. „Ja, wenn die Ernährer im Gefängnis sitzen,“ rufen die satte und darum so überaus „moralische“ Bourgeois aus, „dann kann man sich allerdings nicht wundern, daß Noth und Jammer bei den Zurückbleibenden ihren Einzug halten!“ Aber sonst giebt es natürlich keinen Nothstand, und wo der Ernährer sich noch auf freiem Fuße befindet und für die Seinen arbeiten kann, da herrscht eitel Wohlstand und Ueberfluß in der Familie, — nicht wahr? Selbst wenn es so wäre —: was wird aber aus denjenigen Familien, deren Ernährer oder Ernährerin sich auf freiem Fuße befindet und trotzdem nicht arbeiten und nicht verdienen kann? Was wird aus den Kindern, deren Vater arbeitslos, deren Mutter krank wird? Wenn die Noth in den Familien der Angeklagten und Verurtheilten groß ist, so ist sie in den Familien der arbeitslos oder krank gewordenen „freien“ Arbeiter und Arbeiterinnen noch viel größer. Wenn der Ernährer im Gefängnis sitzt, so hat wenigstens ein oder zwei leibliche Schwestern und einen warmen Ofen. Aber wenn die Eltern nicht verdienen und sich mit ihren Kindern noch in die larme Suppe theilen müssen, wenn sie den Angehörigen die Noth noch fühlbarer machen müssen, indem sie selber mitgehen, — was dann? „Dann sollen die faulen Eltern arbeiten gehen“, sagt der satte Bourgeois, „dann wer arbeiten will, findet immer Arbeit.“ Natürlich!

Durch einen Eisenbahnzug überfahren wurde vorgestern auf der Station der Nordbahn Hohen-Neuendorf ein unbekannter Mann. Als der Train in Hohen-Neuendorf einlief, glaubte der Fahrgast, daß der Zug sich in Bierenwerder befinde und stieg aus. Als er dann aber seinen Irrthum bemerkte, lief er dem bereits wieder im Gange befindlichen Zuge nach, trat beim Aufspringen jedoch fehl und kam unter die Räder des Zuges. Größlich zugerichtet hob man den Unglücklichen auf und brachte ihn in das Oranienburger Krankenhaus, wo er sofort nach seiner Einlieferung verstarb. Seine Personalien konnten noch nicht festgestellt werden.

Ein schwerer Unglücksfall ist wieder einmal durch das leichtsinnige Unverschlößenlassen von Schusswaffen verurteilt worden. Bei einem im Norden unserer Stadt wohnenden Gastwirth hing schon seit 12 Jahren im Wohnzimmer eine alte Jagdbüchse an der Wand. Die Waffe war zwar geladen, doch noch niemals war sie losgegangen, wenn man den Hahn auszog und abdrückte. Das Perkussionsbüchsen war ganz verrostet und sah vollkommen fest, so daß es nicht mehr entzündet werden konnte. Dieser Tage nun kam der Maler Kreuzer mit seinem Gehilfen in das Lokal und der letztere nahm die Büchse von der Wand und legte im Scherz auf seinen Meister an. Das Gewehr versagte aber auch diesmal und dadurch sicher geworden, wiederholte der junge Mann das Spiel und legte noch einmal auf R. an. In demselben Moment aber entlud sich die mit Schrot geladene Flinte und die ganze Ladung ging dem bedauernswerthen Malermeister in den Kopf. Der Betroffene hatte noch die Kraft, nach Hause zu fahren, wo ihm ein schnell hinzugerufener Arzt bis jezt nicht weniger als 28 Schrotkörner herausholte. Eine ganze Anzahl von Schrotkörnern sitzen jedoch noch in dem Kopfe und werden nach der Ansicht des Arztes von selbst herausheilen. Der Fall mahnt wiederum zur Vorsicht!

Zum Ekkelett abgemagert wurde vor einigen Tagen in Spandau ein zwölfjähriger Knabe angehalten und der Polizei zugeführt. Er erzählte eine förmliche Leidensgeschichte. Er wäre vor 3 Monaten von seinen Pflegeeltern, die in Berlin, Langestraße, einen Gemüthskeller haben, mit 6 M. fortgeschickt worden, um Einkäufe zu besorgen. Er hatte das Geld aber verloren und sich dann gefürchtet, nach Hause zurückzukehren. Seitdem habe er zuerst in benachbarten Dörfern, später hier in Spandau meist im Freien genächtigt; zuletzt hatte er sein Nachtquartier auf einem Gehöft der Oranienburger Vorstadt aufgeschlagen. Ernährt habe er sich mit dem Verdienst, den er durch Koffertragen vom Bahnhof erwarb. Viele Tage habe er aber, wie der „A. f. d. S.“ weiter berichtet, gar nichts zu essen gehabt. Bei ihm wurde eine trockene Schrippe gefunden; er sagte, am Tage vorher habe er weiter nichts als eine Schrippe verzehrt. Das jämmerliche Aussehen des armen Jungen bestätigte seine Angaben. Er wurde noch an demselben Tage von seinen Pflegeeltern, welche die Polizei in Kenntniß gesetzt, abgeholt.

Wäse „reingefallen“ in des Wortes eigentlicher Bedeutung ist in der Nacht zum Dienstag ein Bruder Turner. Kommt da gegen 11 Uhr ein Rubel junger Leute die Gütchinerstraße entlang nach dem Hallschen Thor zu. Man sah es ihnen an der Kleidung an, daß sie aus irgend einer Turnanstalt nach Hause strebten. Als sie nun in der Gegend waren, wo der Landwehrkanal dicht an die Gütchinerstraße herantritt, wo die Häuser aufhöhen und dem Kanal entlang die Schutzbarriere beginnt, da schwang sich einer der Jünger Jahn's in ledern Bogenschütz auf

die letztere und wollte nun zeigen, daß er auf ihr entlang schreiten könne und besondere Anlagen zum Nachfolger Blondin's habe. Nach wenigen Schritten aber rutschte er plötzlich aus und fiel mit einem richtigen Kladderadatsch in das Wasser, wo er um Hilfe rufend herumpladderte. Schleimig kleben einige seiner Genossen nach der Hallschen Thorbrücke, holten dort den Rettungsbalk, warfen ihn ihrem Offizier zu und zogen ihn, der schon verschiedenes Wasser geschluckt hatte, mit vereinten Kräften auf das trockene Ufer. Hier auf dem Bürgersteige schüttelte sich der Verunglückte wie ein nasser Pudel, und dann ließ er auf den Rath verschiedener „Sachverständiger“ im Sturmschritt nach Hause, um so die drohende Ertötung zu verhüten. In Zukunft wird er es wohl aber bleiben lassen, Seiltänzerläufe in der Nähe des Wassers zu unternehmen.

An der Zentral-Warthe überfallen wurde gestern Abend um 8 Uhr die Arbeiterfrau Anna Rode aus der Embdenstraße 43. In der Nähe der Eisenbahnüberführung am Königsgraben vertrat mehrere junge Burschen der Frau den Weg und belästigte sie durch unflätige Anträge. Als Frau Rode ihrer Entrüstung darüber Ausdruck gab, wurde sie mit Knütteln zu Boden geschlagen. Ein Schutzmännchen fand die aus verschiedenen Kopfverletzungen blutende Frau auf und veranlaßte ihre Ueberführung nach einem Krankenhaus.

Ein Todtschlag wird verspätet vom letzten Sonntag aus dem Nachbardsdorf Kaulsdorf an der Ostbahn gemeldet. Während der am Abend bei dem Gastwirth Hamann daselbst stattgehabten Tanzmusik kam es im Lokal zu Streitigkeiten, woraus Herr J. Feuerabend gebot. Der Kravalz setzte sich auf der Straße fort und dabei erhielt in der Dunkelheit ein gänglich unbetheiligter Knecht mit einem Zaunpfahl einen Schlag auf den Kopf, so daß der Verletzte, ein 21-jähriger Mann, der Ernährer seines alten Vaters, auf der Stelle todt nieder fiel. Vier Personen wurden sofort verhaftet, doch ist es bis jezt nicht gelungen, den Thäter zu ermitteln.

† Hermann Dunder, der frühere Bürgermeister von Berlin, ist am Mittwoch Morgen im Alter von 77 Jahren gestorben.

Polizeibericht. Am 12. d. M. Morgens wurde eine Frau an der Ecke der Kraut- und Blumenstraße durch einen Schlächterwagen überfahren und am Rücken und Oberarm mit einem Schweren verletzt, daß sie nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Vormittags wurde ein Kaufmann in seiner Wohnung, in der Zegelerstraße, erhängt vorgefunden. — In der verlängerten Schönebergerstraße gerieth Abends ein Arbeiter unter die Räder eines Arbeitswagens und erlitt einen Bruch des Unterschenkels. — Im Laufe des Tages fanden vier kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Witze machen ist strafbar. Zu einem Monat Gefängniß wurde der Kaufmann Hermann Götsch in Uckerleben verurtheilt, weil er in einem Gasthof einen wüthigen Bericht zwischen einem Reserve-Offizier und einem Ochsenecht erzählt hatte. Durch den Witz erachtet der kommandirende General des 4. preussischen Armeekorps die Offiziere dieses Korps beleidigt und stellte Strafantrag. Das Landgericht und vorgestern auch das Reichsgericht meinten, durch den Witz sei die Ehre jedes Offiziers, also auch die der Offiziere des 4. Armeekorps beleidigt. — Also, ohne militärische Genehmigung keine Witze machen!

Redakteur Boshart und seine Erlebnisse in Juchhäusern. Dem Landgerichte Gotha war am 7. Oktober der Redakteur des freimüthigen Gethaischen Tageblattes, Karl Boshart wegen Beleidigung des Ministeriums von Koburg-Gotha und sonstiger Beamten, begangen durch eine Artikelserie über Mißstände in der Gefangenenanstalt zu Juchhäusern, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Die Erlebnisse des Herrn Boshart in jener Anstalt, in der er des öfters seinen Wohnsitz hat aufschlagen müssen, waren wenig erfreulicher Natur; er hatte sich u. a. darüber zu beschweren, daß ihm, obgleich er nur wegen Preßvergehens verurtheilt war, in der Anstalt Kopf- und Bartnarbe abgeschoren worden ist. Der betreffende Oberaufseher, der jene Prozedur angeordnet hatte, ist allerdings verurtheilt worden, aber Herr Boshart war der Meinung, daß dem Beamten diese Bille dadurch überzundet worden sei, daß ihm die Anzugskosten ersetzt worden seien. Daraus entnahm er einen der Vorwürfe, in denen vom Gerichte eine strafbare Beleidigung erblickt worden ist. Aus dem Inhalte des Urtheils genügt es hier hervorzuheben, daß das Landgericht dem Angeklagten den Schutz des § 193 nicht ausgestellt hat und eine Beleidigung des Ministeriums schon in der Form, nämlich in der Wahl eines Ausdrucks „plump und ungeschickt“ erblickt hat; auch der Ausdruck „Mißregierung“ wurde vom Gerichte als höchst anstößig, maßlos, übertreibend und eine völlig ungerechtfertigte Mißachtung enthaltend, hingestellt. — Die vom Angeklagten eingelegte Revision kam vorgestern vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung. Das Urtheil wurde aus formellen Gründen im vollen Umfange aufgehoben und die Sache an das Landgericht Meiningen verwiesen.

„So oft auch schon die Presse vor den Stellenvermittlungsbüros-Schwindlern gewarnt hat, die gewissen Leute, die niemals alle werden, fallen immer wieder darauf hinein!“ So äußerte sich der Staatsanwalt gestern bei Begründung der Anklage gegen den Stellenvermittler Fischer, der zusammen mit seinem Buchhalter Schmidt wegen Betruges auf der Anklagebank des hiesigen Schöffengerichts saß. Es war wieder eine ganze Reihe von Personen, die auf die Inserate des Fischer und die selbstbewußten Redensarten der beiden Angeklagten hineingefallen waren. Aus der Beweisaufnahme ergab sich, daß die Geschäftspraxis in diesem Vermittlungsbureau eine sehr einfache war. Aus den Zeitungen wurden die Inserate, in denen Arbeitgeber Personal suchten, herausgeschnitten und die jungen Leute, welche sich in dem Fischer'schen Bureau meldeten und in jedem Falle schöne Versprechungen erhielten, wurden dann auf's Gerathewohl den betreffenden Arbeitgebern zugefandt. Die Stellensuchenden hatten die erforderliche Einschreibgebühr von 5 Mark mit Vergnügen gezahlt, da sie der Ueberzeugung waren, daß Fischer beziehungsweise sein Buchhalter die betreffenden Stellen selbst zu vergeben hatte. Von einer Rückzahlung der 5 M. war keine Rede, denn in dem Schein, welchen die Geprüften unterschrieben hatten, stand ausdrücklich, daß die 5 M. verfallen seien, selbst wenn die Suchenden eine Stelle nicht erhalten sollten. In einem Falle hatte ein anderer Stellenvermittlungsschwindler, der seit wenigen Tagen auch hinter Schloß und Riegel saß, seinem Kollegen Fischer einen jungen Mann zugefandt, welcher eine Stelle selbst gegen Einzahlung einer kleinen Kaution suchte. Fischer stellte ihn bei sich an und nahm ihm als „Kaution“ eine Summe von 100 M. ab. Der Gerichtshof verurtheilte Fischer zu 10 Monaten, Schmidt zu 8 Monaten Gefängniß und nahm Fischer sofort in Haft.

Zum Eisenbahn-Schwindler. Im Monat Oktober wurden bekanntlich die Geschäftsinhaber und mehrere Reisende der Seifen- und Parfümeriefabrik Emil Wiffing u. Co. (auch Jacques Neumann u. Co. genannt) verhaftet. Es handelt sich um Schlußzeitungs-Fälle, durch welche viele Kunden der Fabrik in ganz Deutschland geschädigt sein sollen. Irthümlicher Weise wird nun fort und fort die Berliner Staatsanwaltschaft durch Anzeigen von Personen, die sich geschädigt fühlen, überschwenmt. Zur Vermeidung von Weiterungen und unnützer Arbeit sei deshalb darauf hingewiesen, daß das Verfahren gegen Wiffing u. Co. von der Staatsanwaltschaft in Ulm eingeleitet ist und alle Anzeigen, Anträge u. s. w. dorthin zu richten sind.

Ein Betrugsprozeß um 10 Pf. beschäftigte gestern das Gericht zum zweiten Male. Am Abend des 16. Juni d. J. benutzte der Restaurateur B. die Stadt- und Ringbahn von Lichterfelde bis zum Potsdamer Bahnhofe. Als er hier dem kontrollierenden Beamten seine Fahrkarte abgegeben hatte und sich bereits am Fuße der Treppe befand, wurde er von dem Beamten eingeholt und ihm der Vorwurf gemacht, daß er eine Fahrkarte abgegeben habe, die nur von der Station Groß-Görschenerstraße bis zum Potsdamer Bahnhofe und nicht von der Station Lichterfelde benutzt werden durfte. Der Fahrpreis für die letztere Strecke beträgt 20, für die erstere 10 Pfennige. B. wurde nach dem Stationsbureau geführt und hier verlangte man von ihm 6 Mark Strafe wegen der ihm zur Last gelegten Uebertretung. Er weigerte sich entschieden und darauf wurde gegen ihn Anklage wegen Betrugs erhoben. Das Schöffengericht fällt ein freisprechendes Erkenntniß; der Staatsanwalt legte Berufung ein.

Im gestrigen Termine vor der zweiten Instanz wiederholte der Angeklagte die Behauptungen seiner Anklage. Er habe am dem fraglichen Abende am Schalter der Station Lichterfelde eine Fahrkarte nach dem Potsdamer Bahnhofe verlangt und dafür 20 Pf. bezahlt. Da der Zug gerade einfuhr, habe er die Karte eingesteckt ohne sie zu beschäftigen. Auch am Bestimmungsorte habe er die Karte abgegeben, ohne sie vorher anzusehen. Der Beamte, der den Angeklagten zurückgerufen hatte, versicherte, daß eine Personenverwechslung seinerseits nicht vorliegen könne. Er habe sofort an der, von den übrigen Fahrkarten abweichenden Durchlochung gefühlt, daß er eine unrichtige Fahrkarte erhalten habe. Dann habe er den Angeklagten zurückgerufen, dieser aber kein Gehör gegeben. Nun habe der Zeuge seiner Instruktion gemäß die Karte vor den Ausgang gelegt, um das Durchgehen anderer Personen zu verhindern und den Angeklagten immer im Auge behalten, habe er denselben verfolgt und ihn in der Vorhalle eingeholt. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten aus Grund dieser Verbindung für überführt. Derselbe sei wahrscheinlich im Besitze einer Fahrkarte von der Groß-Görschenerstraße bis zum Potsdamer Bahnhofe gewesen und habe dieselbe für die weitere Strecke benutzt, um sich einen Vermögensvorteil von 10 Pf. zu verschaffen. Die günstige Vermögenslage des Angeklagten komme nicht in Betracht, denn selbst reiche Leute scheuten sich häufig nicht, ihren Ruf eines geringen Werthes wegen auf's Spiel zu setzen. Er beantrage gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 20 Mark. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Schöpf, führte alle Gründe an, welche dafür sprachen, daß der Angeklagte dennoch das Opfer einer Personenverwechslung geworden sei. Er erzielte auch, daß der Gerichtshof seinen Ausführungen beitrug und das erste freisprechende Erkenntniß bestätigte.

Mit welcher Leichtfertigkeit Zeugen bisweilen mit dem Eide umgehen, lehrte eine Verhandlung, welche gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Hausverwalter Hermann Bettin war vom Schöffengericht wegen Körperverletzung und Hausfriedensbruchs zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und fünf Tagen verurtheilt worden. Bettin ist Verwalter des Hauses Brunnenstraße 34, in welchem der Restaurateur Gothmann eine Schankwirtschaft betreibt. Zwischen Gothmann und Bettin herrsche seit Jahren bittere Feindschaft. Am Nachmittag des 3. Juni traf Bettin den Hausknecht Gothmann's, als dieser im Begriff war, den Hausflur zu säubern. Bettin will wiederholt angeordnet haben, daß diese Arbeit zu einer anderen Zeit ausgeführt werden soll. Wie eine Reihe von Zeugen übereinstimmend bezeugte, hatte der Angeklagte sich zu einer heftigen Handlung hinreiß lassen, er hatte den Hausknecht an der Gurgel gepackt, ihn auf den Hof hinausgeworfen, ihm den Sack entpuffen und damit so heftig auf ihn eingeschlagen, daß der Sack zerbrach. Dann war der Angeklagte in das Gothmann'sche Lokal gedrungen, hatte hier Stempel verübt und einen Hausfriedensbruch begangen. Zum gestrigen Termine vor der zweiten Instanz hatte der Angeklagte zwei Zeugen, einen Arbeiter Lehmann und ein Dienstmädchen Scharf, mit zur Stelle gebracht, welche seine Behauptung bestätigen sollten, daß der Hausknecht ihn zuerst mit dem Besen geschlagen. Trotzdem alle einwandfreien Zeugen das Gegenteil bezeugten und trotzdem der Vorsitzende mit unermüdlicher Geduld den beiden Zeugen klar zu machen suchte, daß sie im Begriffe ständen, ein schweres Verbrechen zu begehen, betandeten dieselben, daß der Hausknecht den Angeklagten zuerst mit dem Besen geschlagen hatte. Dafür, daß der Angeklagte die beiden Entlastungszeugen in irgend einer Weise beeinflusst hatte, ergaben sich keinerlei Anhaltspunkte.

Die Berufung des Angeklagten wurde verworfen und die beiden des Meineids verdächtigen Zeugen wurden sofort in Untersuchungshaft genommen.

Die Titellust treibt sonderbare Blüten. Man sollte denken, daß diese Krankheit sich auf die oberen Zehntausende und deren Anhängsel beschränkte und daß zum mindesten Frauen, die rechtschaffen einer ernsten und verantwortungsvollen Pflicht nachzugehen haben, von ihr verschont bleiben. Wer hätte gedacht, daß sich der Hebammen die Sucht nach Rang und Piepmachmächtigen löhne! Aber der Teufel geht umher wie ein brüllender Löwe. Das Gebreite der Titellust hat in der That einen hoffentlich nicht allzugroßen Theil dieser um das Menschengeschlecht so verdienten Frauen erfaßt und ihnen die fixe Idee in den Kopf gesetzt, daß die alte Bezeichnung nicht gebildet genug sei und sie sich hinfort mit größerer Eleganz Geburtshelferinnen tituliren lassen müssen. Die hiesige Hebamme Frau M. nahm es nun auf sich, dieser Ansicht auch die rechtliche Approbation zu verschaffen, und legte sich deshalb auf dem vor ihrer Wohnung befindlichen Schilde neben der Bezeichnung „Stadthebamme“ auch ohne weiteres in Parenthese die als „Geburtshelferin“ bei, worauf sie auf Grund der §§ 129 und 147 der Gewerbe-Ordnung, nach der den nicht approbirten Personen die Führung der Bezeichnung „Arzt“ oder „Geburtshelfer“ verboten ist, angeklagt und in zwei Instanzen zu einer Geldstrafe verurtheilt wurde. Die hiergegen eingelegte Revision wurde gestern vom Strafenat des Kammergerichts zurückgewiesen. Es bleibt also bei der „Hebamme“.

Fräglich bleibt nur, ob die Dame es hinfort noch über sich gewinnt, der Menschheit als „Hebamme“ nützlich zu sein.

Hat der Sozialdemokrat nach dem Geseh weniger Rechte als der Juchhörige einer anderen Partei? Im mecklenburgischen Kreise Güstrow standen sich bei der Stichwahl Graf v. Schlessen und Genossen, Richtermeister Emil Busch in Güstrow, gegenüber. Graf v. Schlessen erachtete sich durch ein von Busch verlegtes Flugblatt beleidigt und hielt es für angezeigt, Strafantrag zu stellen. Das Landgericht zu Güstrow schloß sich dem Antrage des Grafen an und belegte Busch wegen Anstößens in den Beleidigungs-Paragrafen zu einer einwöchigen Haft. Den Schutz des § 193 Str. O. B. billigte es dem Angeklagten deshalb nicht zu, weil die Behauptungen der sozialdemokratischen Partei auf Befestigung der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtet seien und der Angeklagte daher als deren Agitator keine berechtigten Interessen wahrgenommen habe. Auf die Revision des Angeklagten jedoch, in der er geltend machte, daß das Urtheil des ersten Richters die Reichsversammlung und den Grundsat, daß gleiches Recht für alle gelte, verletze, und daß er sich als früherer Reichstags-Abgeordneter und damaliger Kandidat zu jener Kritik in seiner Flugschrift berechtigt gehalten habe, wurde dieses Urtheil gestern vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Wenn der erste Richter der sozialdemokratischen Partei und deren Agitatoren den

Zur Gewerkschaftsfrage.

Meine Antwort auf von Elm's Artikel in Nr. 275 des „Vorwärts“ erfolgt später als mir selbst lieb ist; aber meine Zeit erlaubt mir nicht, früher darauf zu antworten.

v. Elm beginnt seinen Artikel mit dem Satz: „Wenn beschimpfen — widerlegen heißt — dann hat mich Bebel allerdings gründlich widerlegt.“

Ich überlasse es jedem Leser, zu beurteilen, ob mein Artikel in Nr. 275 des „Vorwärts“ eine solche Beschimpfung enthält. In dem ersten Artikel v. Elm's vom 16. November stellt er mich als einen Menschen hin, dessen Sympathiebezeugungen für die Gewerkschaften sehr zweifelhafter Natur seien. Und derselbe Geist der Verdächtigung durchweht seinen Artikel in Nr. 275 vom 22. November.

Da ich v. Elm's Stimmung und Gesinnung gegen mich schon seit Jahren kenne, war meine Antwort in Nr. 272 die allein richtige. Mit Leuten, die mißverstehen wollen — das habe ich zur Genüge bei meinen Verhandlungen über den Hamburger Tabakarbeiter-Ausstand mit v. Elm kennen gelernt — vermeide ich die Gemeinschaft, und treten sie mir in den Weg, so gebe ich ihnen die Antwort, die ihnen gebührt. Für mich handelte es sich überdies in dieser Polemik nicht darum, über die Wichtigkeit der Gewerkschaftsbewegung zu streiten, für diese bin ich bereits zu einer Zeit eingetreten, als v. Elm kaum wußte, ob er jemals derselben angehören werde, sondern es handelte sich für mich nur darum, die Mißverständnisse richtig zu stellen, die sich an die Auffassung meiner Kölner Parteitagrede knüpften.

v. Elm kommt in seinem Artikel unter anderem auch auf die Rolle zu sprechen, die angeblich ich und „meine Freunde“ — das waren im vorliegenden Falle die Vorstandsmitglieder — gegenüber dem Hamburger Tabakarbeiterausstand, Herbst und Winter 1891, spielten. Die Darstellung v. Elm's ist eine durchaus unwahre, wofür nicht nur die Genossen im Parteivorstand, sondern auch eine Anzahl Genossen aus der Reichstagsfraktion, die jenen Verhandlungen beimohnten, Zeugnis ablegen können.

Seine allgemeine Natur, die vielleicht auch v. Elm zu würdigen weiß, verhindern mich hier eine detaillierte Darlegung jener Verhandlungen zu geben. Ich konstatiere nur, daß durch den Parteivorstand aus Parteimitteln direkt nach und nach 75 000 M. und aus einer zweiten dem Parteivorstand zur Verfügung stehenden Quelle 50 000 M., im Ganzen also 125 000 M. für Unterstützung der ausständigen Hamburger Tabakarbeiter gewährt wurden.

Wir haben diese Unterstützung bewilligt, weil wir anerkannten und jederzeit anerkennen werden, daß speziell die Zigarrenarbeiter von jeder zur Elite der Partei gehörten, daß sie stets durch die größte Opfernüchtheit für die Partei sich ausgezeichnet haben und weil auch die Ursache zu jenem Ausstand eine solche war, daß derselbe die Unterstützung verdiente. Behauptet von Elm etwas anderes, so behauptet er bewußt die Unwahrheit.

Andererseits haben wir verschiedene Male, und zwar zum ersten Male, nachdem der Ausstand schon länger als sechs Wochen ohne Aussicht auf Erfolg währte, den Rath gegeben, demselben ein Ende zu machen, und zwar sahen wir uns dazu veranlaßt, es theils in Rücksicht auf die aus Parteimitteln gewährte Unterstützung, andererseits weil wir der Meinung waren, daß die Ausständigen sich sagen durften: sie seien mit Ehren unterlegen. Diese unsere Ansicht wurde auch von sehr tüchtigen und sachverständigen Fachgenossen v. Elm's getheilt. Das Resultat nach 16wöchigem Ausstand war kein anderes, als was nach 6wöchentlichem Ausstand erreicht werden konnte.

Es ist nun naiv, wenn v. Elm die Richtigkeit seiner Auffassung in diesem Falle damit begründet, daß die organisierten Tabakarbeiter von Hamburg, Altona, Ottensen und Wandsbeck, falls ich sie fragen würde, das gleiche Urtheil fällen wie er. Ich soll also an das Urtheil derjenigen appelliren, die damals in erster Linie im Kampfe standen und, bei aller Achtung vor ihrer Sachkunde, doch — Partei sind. Wo haben sie in einem Streik unterlegene Arbeiter zugegeben, daß sie schlieglich unterliegen mußten.

Der Ausstand ging, wie schon ausgeführt, nach fast viermonatlicher Dauer zu Ende, nachdem er an 500 000 M. gekostet, d. h. nach deutschen Begriffen enorme Opfer erfordert hatte und die Ausständigen selbst — das muß anerkannt werden — mit größtem Heldennuthe ihre Schuldigkeit gethan hatten.

Nicht richtig ist auch, wenn v. Elm behauptet, daß die damals gegebenen Summen mittlere bis höchstenteils zurückgezahlt wurden. Doch darüber verliere ich weiter kein Wort.

Ich überlasse auch hier den Parteigenossen, zu beurteilen, ob v. Elm Recht und Veranlassung hatte, unsere Haltung im Tabakarbeiter-Ausstand in der gehässigen Weise darzustellen, wie er es that.

v. Elm kommt ferner auf die erste Maisfeier zu sprechen, welche die „politischen Führer in den Dred geschoben“. Ueber das Geschehen dieses Urtheils gehe ich hinweg. Es ist aber auch grundfalsch. Die politischen „Führer“ haben durch ihren demaligen Rath nur verhütet, daß das Schicksal unserer so opferwilligen Hamburger Genossen sich auf Deutschland verallgemeinerte und damit zu einer Niederlage führte, welche den Sieg vom 20. Februar 1890 vollständig in Frage stellte. Ich kann v. Elm nur versichern, daß heute, in denselben Verhältnissen von damals gestellt, ich wieder helfen würde, dieselbe Entscheidung zu treffen.

Ein anderer Punkt, der v. Elm ärgert, ist, daß ich ihn einen Kurgewerkschaftsmann rante. Nun, ich habe damit sagen wollen, daß er, genau so wie die alten Gewerkschaftsführer Englands, der Vereinigten Staaten und Australiens, den Werth der Gewerkschaftsbewegung überschätze, weil ihm der Sinn und das Verständnis für den Zusammenhang der Lage eines Gewerks mit der allgemeinen ökonomischen und politischen Lage eines Landes, und gegebenen Falles mit der Weltlage und den Weltmarktvorgängen abgehe. Verweist sich nun v. Elm darauf, daß er seit 1 1/2 Jahren mehr in der politischen als in der gewerkschaftlichen Bewegung thätig gewesen sei, so darf ich daraus die Hoffnung schöpfen, daß er allmählich seine Einseitigkeit als Gewerkschaftsmann einbüßt, wofür auch das Hoch spricht, daß er am Schlusse des letzten Tabakarbeiter-Kongresses hier in Berlin, auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie“ ausdrückte. v. Elm ist mit dieser seiner Haltung meinem Standpunkt viel näher gekommen als ich nach seinen Artikeln erwarten durfte.

Fragen wir nun nach der eigentlichen Ursache des Streits, so handelt es sich, wie schon bemerkt, nicht um die Frage: ist die Gewerkschaftsorganisation nützlich und notwendig, sondern um die Frage: was sind die Ursachen, daß die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland nicht besser gedeiht und noch nicht den erwarteten Nutzen geschaffet hat?

Ursachen hin. Nun war aber in den Augen der betreffenden Gewerkschaftsführer Holland in Mitleid.

Wäre man auf Seite der letzteren objektiv gewesen, so mußte man sich die Frage vorlegen: wie kommt es, daß die beiden ältesten und bestorganisirtesten Gewerkschaften Deutschlands, die Buchdrucker und die Tabakarbeiter, von denen die erstere sich stets von politischer Betätigung fern hielt, heute nicht mehr das sind, was sie vor wenig Jahren waren?

An Eifer und Opferwilligkeit haben es die Mitglieder der beiden Gewerkschaften nie fehlen lassen, und doch ist z. B. der Verband der Tabakarbeiter, wie das aus dem letzten hiesigen Kongress konstatirt wurde, von 19 000 Mitgliedern im Jahre 1889 auf 12 700 Mitglieder im Juli dieses Jahres zurückgegangen. Trägt hieran die Partei oder tragen die allgemeinen Verhältnisse hieran die Schuld? Sicher die letzteren; man gab wenigstens keine anderen Gründe dafür an.

In der That sind die allgemeinen Verhältnisse seit dem Jahre 1890 in allen Kulturländern immer ungünstiger für die Gewerkschaftsbewegung geworden, und — charakteristischer Weise — für die politische Bewegung in demselben Maße günstiger. Seit dem Jahre 1890 sind die Arbeiter in den Gewerkschaftskämpfen meist unterlegen. Tied beweist der Ausgang derselben in England, den Vereinigten Staaten, Australien, Frankreich und Deutschland. — Man lese nur noch, was der Bericht des australischen Delegirten auf dem internationalen Arbeiterkongress in Zürich sagt; man höre, was über die Lage des größten Theils der Gewerkschaften in Nordamerika und England berichtet wird; man übersehe den Stand der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, und wer nicht geistig blind ist muß zugeben, daß unsere bürgerliche Entwicklung einen Charakter annimmt, der die Gewerkschaftskämpfe mehr und mehr in die zweite Linie drängt und den politischen Kampf für die Umgestaltung der Gesellschaft von Grund aus in die erste Linie.

Diese Erfahrungen und Wahrnehmungen veranlaßten die Delegirten Australiens und der Vereinigten Staaten in Zürich zu beantragen, die Gewerkschaften Nordamerikas und Australiens aufzufordern:

„Große sozialistische Arbeiterparteien zu organisiren, weil die Entwicklung des Kapitalismus in diesen Ländern ein Stadium erreicht hat, bei dem die rein ökonomische Organisation der Arbeiter absolut ohnmächtig wird.“

Soziale Ueberlicht.

Aufruf an die Gewerkschaftsvereine Deutschlands.

Im Auftrage der Gewerkschafts-Kommission Oesterreichs erlaube ich mir, die Gewerkschaften Deutschlands freundlichst zu unsern, vom 24. bis inklusive 27. Dezember d. J. in Wien stattfindenden ersten österreichischen Gewerkschaftskongress einzuladen. Ich glaube nicht erst auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und österreichischen Proletariat hinweisen zu dürfen, weshalb wir uns auch der Hoffnung hingeben, einige Vertreter in unserer Mitte willkommen zu heißen.

Mit kollegialischem Gruß für die Gewerkschafts-Kommission Oesterreichs.

Eduard Kleedorfer, Sekretär,
Wien VII, Neubaugasse 65.

In Lübben befinden sich Drechsler und Tischler im Lohnkampf; Anzug ist strengstens fernzuhalten. Anfragen und Zuschriften sind zu richten an W. Wagner, Berlinerstr. 470.

Der am 26. v. M. in der Lorenz Schneidig'schen Fabrik in Järitz ausgebrochene Streik wurde durch persönliche Vermittlung des Vorsitzenden des Holzarbeiter-Verbandes, Klob-Stuttgart, beendet, ohne daß der Werkmeister Werner, wie die Streikenden forderten, entlassen worden ist. Der größere Theil der Streikenden arbeitet wieder.

Die Steinarbeiter von Dresden, Pirna und Umgebung stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern Verlängerung des am 1. Mai 1894 ablaufenden Lohnvertrags unter Erhöhung sämtlicher Sätze um 10 pCt. Als Minimum-Lohn sind 60 Pf. pro Stunde angenommen. Gleichzeitig sollen die Meister ihre Zustimmung zur Einsetzung einer Schiedskommission ertheilen.

Der Streik in den Gerbereien Wiens ist nach 2wöchentlicher Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Es wurde eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag, die Sonntagsruhe und 5 bis 10 pCt. Lohnerhöhung erreicht.

Eine größere Zahl Gemahrgelager sind zu unterstützen, da die Fabrikanten dieselben nicht mehr aufnehmen und ein Streik deshalb aussichtslos gewesen wäre.

Städtischer Arbeitsnachweis. Eine öffentliche Volksversammlung in Leipzig, welche sich mit dem Antrag der Gewerkschaften an den Rath der Stadt Leipzig betreffend die Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises beschäftigte, nahm einstimmig folgenden Antrag an:

Die heutige Arbeiterversammlung verlangt Abänderung des § 5 des betr. Entwurfs, und zwar in dem Sinne, daß den Arbeitern das Vorschlagsrecht in bezug auf die Anstellung der Beamten des Arbeitsnachweises eingeräumt wird.

Eine Konferenz der Schneider Sachsens findet Ende dieses Monats in Chemnitz statt. Es handelt sich hauptsächlich um Regelung der Agitation für den Schneiderverband und um Annahme von Berufskartisten.

Krankenanstalten in Baden. Im Großherzogthum Baden gab es Ende des vorigen Jahres 191 allgemeine Krankenhäuser, 2 Augen-, 4 Entbindungs- und 5 Irrenanstalten, mit zusammen 6699 Betten. Während des Jahres 1892 wurden in diesen Anstalten 43 452 Kranke 1 551 688 Tage lang versorgt, darunter 17 747 weibliche Personen. Die durchschnittliche Dauer der Verpflegung betrug beim männlichen Geschlecht 81,7, beim weiblichen 41,5 Tage.

Gepflogt wird nicht nur in den Armenhäusern Sachsens, sondern auch von Königberg weiß unser dortiges Parteiblatt einen ähnlichen Fall zu berichten. In dem dortigen Armenhaus lebt seit etwa acht Jahren eine alte Frau, die trotz ihrer 71 Jahre noch so tüchtig ist, daß sie tüchtig arbeiten muß. In demselben Hause ist ein Hausinspektor Junz angestellt, ein Militäranwärter. Am 25. Oktober ging Frau B. mit einem Korbe voller Wäsche die Treppe in die Höhe. Hausinspektor Junz kommt die Treppe herunter und schlägt der Frau mit der Faust in das Gesicht, daß die Frau sofort zu Boden fiel und die Besinnung verlor. Junz reißt sie am Arme in die Höhe und schreit sie an, sie solle machen, daß sie auf den Treppenboden komme. (Aus welcher Veranlassung Junz das Recht zu haben glaubte, die alte 71jährige Frau ins Gesicht zu schlagen, wird ja die gerichtliche Untersuchung ergeben.) Frau B. mußte 14 Tage lang das Bett hüten. Sie verlangte ärztliche Hilfe, jedoch ohne Erfolg. Junz sagte sie, ob sie ihn vielleicht beim Arzt verhaften wolle. Frau B. ist jetzt einigermaßen hergestellt, wird

aber öfter vom Schwindel befallen und kann nicht mehr viel arbeiten.

Die zärtliche Rücksichtnahme, welche die Staatsanwaltschaften bisher den Unternehmern gegenüber bei Nichtablieferung der Krankenkassen-Beiträge, die sie den Arbeitern abgezogen, haben obwalten lassen, dürfte nun vorüber sein. Der preussische Justizminister hat nämlich vor kurzem ein Rundschreiben an die Ober-Staatsanwaltschaften erlassen, in welchem er anempfiehlt, daß in allen derartigen Fällen Anklage auf Grund des § 82 b des Krankenkassen-Gesetzes erhoben werde. Danach sind, sofern die rechtswidrige Aneignung eines Vermögensvortheils oder die Abtätigung einer Schädigung der Krankenkasse vorliegt, Unternehmer mit Gefängnis zu bestrafen, wobei auch noch gleichzeitig Geldbußen bis zu 3000 M. verhängt werden können. Schon die bloße Lässigkeit ist strafbar, die darin liegt, daß Unternehmer, deren Zahlungsunfähigkeit im Zwangsbeitragsverfahren festgestellt ist, der ihnen durch den § 52 a, Absatz 3 des Krankenkassengesetzes auferlegten Verpflichtung, die erfolgten Lohnabzüge sofort abzuliefern, nicht nachgekommen sind.

Die Staatsanwaltschaften hatten in solchen Fällen bisher ein Einschreiten in der Annahme abgesehen, daß die Nichtablieferung der Beiträge nicht in der Absicht erfolgt sei, einen Vermögensvortheil zu erlangen.

Die Verdrängung der Handarbeit durch Maschine wird in interessanter Weise veranschaulicht von Johannes Corvey im jüngsten Vierteljahrsheft des „Arbeiterfreund“, dem Organ des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, durch eine Zusammenstellung, in welcher es heißt: „Im Erzgebirge sind die Nagelschmiederei, die Herstellung von Flechtlöfeln, die Streckammsfabrikation, die einst als blühendes Hausgewerbe dort betrieben wurden, als solche nahezu ganz durch die Maschinenarbeit ausgerieben. Fast ebenso ergiebt es der hausindustriellen erzgebirgischen Bürstenbinderei und der einst hochberühmten sächsischen Spigenklöppelei. Auch die Wirtelerei man delt sich mehr und mehr vom Hausgewerbe zur Fabrikindustrie um. Im Jahre 1863 gab es in Sachsen noch 27 000 Handflüßelstühle und 500 Handkettstühle, jetzt sind etwa 12—13 000 mechanische Stühle vorhanden und die Zahl der alten Handflüßel ist auf 2—3000 zurückgegangen. In zahlreichen früher rein hausgewerblichen Dörfern erheben sich jetzt große Fabrikanlagen. In Chemnitz wurde kürzlich eine Maschine in Betrieb gesetzt, die täglich 4 bis 5 Duzend Strümpfe herstellt. Eine Arbeiterin kann 15 solcher Maschinen bedienen, also täglich 75 Duzend Strümpfe liefern. (Und erhält dafür 6 M., sage sechs Mark, Wochenlohn. D. R.) Noch vor kurzer Zeit wurden in den Tritonaitallen-Fabriken die Knopflöcher von Arbeiterinnen gefertigt. Ein flinkes Mädchen nähte den Tag 200—300 Knopflöcher. Jetzt gelangte, wenn auch zunächst vereinzelt, eine aus Amerika stammende Maschine zur Einführung, mit der ein Mädchen täglich 4000 Knopflöcher fertigt. Für die Fabriken von Kammgarnstoff sind in Greiz, Gera, Reichenbach und Umgegend jetzt 30 000 mechanische, aber nur noch 5000 Handflüßel thätig, in der Fabrikation von Streichgarnwaaren und Flanellen sind die Handflüßel in der Reichenbacher Gegend bis auf 2500 zurückgegangen und 1200 mechanische Stühle haben die Arbeit übernommen. Ein feines Baumwollgewebe, „Kongressstoff“ genannt, wurde in Plauen zuerst auf Handflüßeln hergestellt, jetzt sind zur Anfertigung dieses Stoffes bereits 250 mechanische Stühle beschäftigt. Ebenfalls in Plauen hat man seit einiger Zeit Schiffchen-Strommaschinen einer Konstruktion aufgestellt, die durchschnittlich in der Woche 180 000 Stiche liefern, während in derselben Zeit eine dreizehnhändige Handflüßelmaschine nur etwa 10 000 Stiche macht. Diesen Ausführungen wollen wir aus den neuesten sächsischen Handelskammerberichten noch hinzufügen, daß man auch in den Steinbrüchen die mechanischen Anlagen zur Verbesserung von Schutt und fertiger Waare erweitert hat und, überhaupt in den letzten Jahren mehr betreibt gewesen ist, wo es geht, die Handarbeit durch maschinelle Einrichtungen zu ersetzen.“ Im Dresdener Handelskammerberichte für 1892 wird mitgeteilt, daß Verbot der Kinderbeschäftigung habe in einer Zeitfabrik zur Aufstellung einer Seimanfädel-Maschine geführt, welche die Handarbeit vollständig überflüssig mache. In einzelnen Hausgewerben werden die Arbeiter nur noch beschäftigt, wenn sie billiger arbeiten als die Maschine; so in manchen Zweigen der Weberei und Wirtelerei. Die lange Arbeitszeit und gedrückte Lebenshaltung dieser Hausarbeiter ist bekannt. Aber auch sie werden den ungleichen Kampf mit der Maschine bald aufgeben müssen.“

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den ersten Wahlkreis hielt am 12. Dezember eine öffentliche von Genossinnen und Genossen gut besuchte Versammlung ab in der das Wahlergebnis aus dem 4. Berliner Kommunal-Wahlbezirk bekannt gegeben und Unregelmäßigkeiten, die bei der Wahl vorgekommen, mitgeteilt wurden. Danach hat die Auszählung der abgegebenen Stimmen im Lokale von Auerbach in der Leipziger Straße nicht so laut stattgefunden, daß das anwesende Publikum folgen konnte. In einem anderen Wahllokale sind nicht alle Mitglieder des Wahlvorstandes, wie es Vorchrift ist, durch Handschlag verpflichtet worden. Genosse Wegner beantragte, auf Grund dieser Vorkommnisse Protest gegen die Wahl einzulegen. Genosse Taterow wies darauf hin, daß trotz der rührigen Agitation, welche von den Freisinnigen wie den Antisemitisch-Konservativen und auch von unserer Seite entfaltet wurde, doch die Wahlbetheiligung nicht höher als 25 Prozent gewesen ist. Das liege an dem Wahllokal. Die Versammlung beschloß hierauf, die bei der Wahl im Lokale Leipzigerstr. 44 vorgekommene geheime Stimmenauszählung dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung zur Kenntnis zu bringen um für die Folge Abhilfe zu schaffen. Genosse Wegner referirte hierauf an Stelle des nicht erschienenen Genossen Voght über die die häßlichen Kollegien beschäftigenden Erweiterungsprojekte der Rosen- und der Königstraße. Er wies das Ansinnen zurück, daß große Summen zu Schuldenzwecken verwendet werden, während zu weit wichtigeren Zwecken, wie Schaffung von genügender Arbeitsgelegenheit u. Geld nicht bewilligt wird. Eine Diskussion knüpfte sich hieran nicht. Der Vorsitzende machte dann mehrere Mittheilungen für den Vorstand, unter Anderem, daß der Vorstand für die Kommunalwahlen 50 Mark bewilligt hat, ferner daß die Zahlstelle, welche bei Salzweid in der Klosterstraße war, dort aufgehoben worden ist. Die Versammlung stimmte diesen Maßnahmen zu. Im Anschluß hieran wählten mehrere Parteigenossen, daß die sämtlichen Wirtel und kleinen Geschäftleute, welche den Sozialdemokraten herauslehren, von der Wahl aber fernbleiben, den Genossen bekannt gegeben wurden. Ein Antrag, welcher dem Vorstand einen entsprechenden Auftrag ertheilte, fand die Zustimmung der Versammlung. Eine weitere Angelegenheit, die zur Sprache kam, wird durch den Vorstand erledigt werden. Genosse Wegner theilte schließlich den Grund mit, warum zu der heutigen Versammlung im „Vorwärts“ noch besonders eingeladen war. Danach hat die Polizei dem Vorstand zu verschiebenden Malen Schwierigkeiten bei der Anmeldung von Versammlungen, in welchen Damen zugelassen werden sollten, gemacht. Nach dem Vereinsgesetz dürften Frauen an den Sitzungen

politischer Vereine nicht Theil nehmen! Solche Sitzungen seien offenbar Versammlungen der Mitglieder bei Ausschluß von Gästen. Daß aber an den öffentlichen, also auch Gästen zugänglichen Versammlungen der politischen Vereine Damen nicht Theil nehmen dürften, sei nirgend im Vereinsgesetz ausgesprochen, folglich sei es erlaubt. Dementsprechend habe der Vorstand zu dieser öffentlichen Versammlung die Damen eingeladen und er, Redner, habe für den Fall, daß die Versammlung deswegen aufgelöst worden wäre, noch eine zweite für diesen selben Abend und für dasselbe Lokal angemeldet. (Lebhafte Beifall.)

Der Verein der Bauanschläger beschäftigte sich in seiner Mitgliederversammlung am 8. d. M. mit dem in dieser Branche eingetragenen Anschlag, daß von dem Lohn der Kollegen ein prozentualer Abzug erfolgt, der in die Tasche desjenigen Kollegen fließt, der die Arbeit übernommen hat. Der Kollege Benz stellt einen Antrag, der sich gegen dieses System ausspricht. In der sehr lebhaften Debatte wurde die Handlungsweise der sogenannten Prozentmeister von allen Rednern verurteilt. Kollege Porzsch empfiehlt, sich von den Hirsch-Duncker'schen Anschauungen loszusagen und sich der modernen Arbeiterbewegung der sozialdemokratischen anzuschließen. Eine Resolution im Sinne des obigen Antrages gelangte hierauf einstimmig zur Annahme. Kollege Günther, Beisitzer des Gewerbegerichts, giebt in längeren Ausführungen den Anwesenden Aufklärung über gewerbliche Rechtsstreitigkeiten und empfiehlt den Kollegen, vor Einreichung der Klage sich um Auskunft an das Bureau der Gewerkschaftskommission, Rosenstr. 28, zu wenden. Hierauf erstattet der Delegierte der Gewerkschaftskommission, Kollege Marx, den Bericht über die Verhandlungen der Kommission. Redner kommt besonders eingehend auf die Schäden des Submissionswesens zu sprechen, die wohl im Baugewerbe am schwersten empfunden werden, und richtet an die Kollegen die Aufforderung, recht fleißig Material zu sammeln, um erfolgreich gegen dieses Unwesen vorgehen zu können. — Der Vorsitzende macht zum Schluß bekannt, daß das Stiftungsfest des Vereins am 20. Januar 1894 stattfindet.

In der Versammlung der Sattler und Tapezierer sprach am 9. Dezember Hübner über das Thema: „Der Kampf ums Dasein“. Der Referent beleuchtete eingehend in klarer Weise die wirtschaftlichen Zustände der Gegenwart. Der Kampf ums Dasein wird heute nicht nur im einzelnen geführt, sondern ganze Klassen bekämpfen sich gegenseitig um ihre Existenz. Nebenproduktion, Vernichtung Tausender von Kleinhandwerkern, Konzentration des Kapitals, Arbeitslosigkeit, Noth und Elend, das sind die Folgen dieses Vernichtungskampfes. Eine feste Arbeiterorganisation kann nur diesem Vernichtungsprozesse Einhalt thun. Der Referent fordert unter lautem Beifall der Versammelten die Anwesenden auf, sich fest zu organisieren. In der Diskussion sprach Kollege Böttcher im Sinne des Referenten. Kollege Jiffen versuchte, anarchistische Anschauungen an den Tag zu bringen, wurde jedoch vom Referenten und von Kollegen Hausner gründlich widerlegt. Unter Verschiedenem wurde die Generalversammlung besprochen. Die Versammlung beschloß ferner, die Kollegen aufzufordern, sich an der von der Berliner Gewerkschaftskommission veranstalteten Matinee zu betheiligen.

In der Mitgliederversammlung der Zahlstelle I des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am 8. d. M. Genosse Warnst einen Vortrag über: „Das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz“. Der Vortragende behandelte die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes

sehr ausführlich und gab den Zuhörern Aufschluß über Mittel und Wege, um zu ihrem Rechte zu gelangen. Sodann erläuterte er die Höhe der etwa zu erhaltenden Rente und kam zu dem Schluß, daß, wenn es auch leider wenig sei, was uns geboten würde, es dem Arbeiter doch ein Sporn sein müßte, um dieses Werk zu verbessern. — Der stellvertretende Bevollmächtigte, Kollege W. Buchholz, theilte hierauf den Tod des Kollegen Leitloff (Charlottenburg) mit. Ein Unterstützungsgesuch wurde der Unterstützungskommission überwiesen. Nachdem die neu aufgenommenen Mitglieder verlesen waren, erfolgte die Abrechnung des Kassiers pro 3. Quartal. An Einnahme weist dieselbe auf 1972,95 M. und eine Ausgabe von 1771,06 M.; mithin einen Bestand von 201,89 M. Da nächstes Jahr im März der Verbandstag stattfindet, beschloß die Versammlung, Sonntag, den 17. d. M., eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Statutenberathung. Nach einem Hinweis auf die vom Verein veranstaltete Matinee am zweiten Weihnachtst-Feiertag im großen Saale des Böhmischen Brauhauses erfolgte der Schluß der Versammlung.

Die Arbeiter der Schäftebranche hielten am 2. Dezember eine öffentliche Versammlung ab. Von einem Vortrag des Genossen Hoffmann wurde wegen dringender gewerkschaftlicher Angelegenheiten Abstand genommen. Eine lebhaft diskutierte Entschlossenheit über die Angelegenheit Voggs, der in der öffentlichen Volksversammlung in den Germania-Sälen den Antrag einer Zellerfassung nicht nach dem Beschluß der Versammlung abgelehnt hat, Kollege Voggs verteidigte sich gegen die von verschiedenen Seiten gegen ihn gerichteten Angriffe und verlangte die Erklärung, daß er ehrlich gehandelt habe. Hierauf wird folgender Antrag Böttner's angenommen: „Die Versammlung stellt dem Kollegen Voggs ein Vertrauensvotum aus, da er das Vertrauen aller Kollegen Berlins nicht genützt, sondern ehrlich für die Arbeiter Sache gekämpft hat.“ (N. d. V.) Kollege Böttner gab sodann einen eingehenden Bericht über die Ursachen des Streiks der Arbeiter in den mechanischen Schäftefabriken. Darauf bezeugend erklärte die organisierten Schäfte-Arbeiter, den Streik nach Kräften materiell zu unterstützen, um den ausgesetzten Kollegen zum Siege zu verhelfen. Es wurde dann noch bekannt gegeben, daß in dieser Angelegenheit am Sonnabend, den 16. Dezember, eine außerordentliche Mitgliederversammlung bei Scheffer, Inselstr. 10, stattfindet.

In einer Versammlung der „Freien Vereinigung der Bureau-Angestellten“ wurden diesmal die traurigen Zustände der Kollegen in den Provinzen erörtert. Bureau-schreiber Bauer schilderte in eingehender Weise die Verhältnisse in den östlichen Provinzen. Wenn oft über einen Beruf gesprochen würde und ein überaus trübes Bild gegeben würde, so sage man oft: daß wohl vieles stark gefärbt sei, er gebe nur seine Erfahrungen wieder. Die Lehrlinge in den Provinzen erhielten in den ersten sechs Monaten überhaupt keinen Pfennig Lohn, die Eltern zahlten vielfach noch 400—450 M. Lehrgeld, trotzdem würden den jungen Leuten ganz riesige Arbeiten aufgebauet, 40—50 Seiten Schreibarbeiten pro Tag. Die ausgebildeten Schreiber würden dann mit 8—10 M. monatlich angestellt. Ein Bureau-Vorsteher, der in der Provinz, wie es üblich sei, den Herrn Rechtsanwalt beim Amtsgericht zu vertreten habe, erhalte ganze 60 M. pro Monat. Man müsse sich wundern, daß dieses Ausbeutungssystem auch bei Landratsämtern und Bürgermeistereien vorherrsche, denn die Kreisämter schiffe bewilligten doch ganz anständige Summen für die Bureau's. Aus diesen traurigen Lohnverhältnissen resultierten dann die in

den Kreisen der Bureau-schreiber häufig vorkommenden Unterschlagungen und Verbrechen anderer Art, vielfach aber gehörte in diesen Fällen der Arbeitgeber als direkter Anstifter zu den Verbrechen auf die Anklagebank. Zeit sei es, daß die leitenden Kreise in der Gesetzgebung auch hier mal helfend eingriffen. Man werde sich zusammen thun und ohne Unterlaß die Herren mit Remunerationen, Beschwerden und Petitionen „bombardieren“. (Beifall und Beifall!) Ein Regulativ betreffs einer Unterstützungskasse zur Versicherung gegen Stellenlosigkeit wird genehmigt und mit den weiteren Arbeiten zc. der Vorzige der Aktor betraut. Zum Schluß giebt Aktor die Errichtung des Arbeitsnachweises für die Berufslosen in der Dragonerstr. 49a bekannt und fordert die Kollegen auf, sich recht zahlreich an dem Fortbildungs-Unterricht zu betheiligen.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband hielt am 16. d. M. im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, eine Brancherversammlung der Modellischler ab, in der Kollege Glocke, begünstigend auf den Parteitag in Köln, in einem interessanten Vortrag über: „Die Aufgabe und der Werth der Gewerkschaftsorganisation“ referierte. Zum Schluß seiner Ausführungen empfahl Redner den Modellischlern, sich dem Holzarbeiter-Verband anzuschließen. An der Diskussion betheiligten sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten. Die Wirthstände im Arbeitsnachweis der Metallindustriellen in der Gartenstraße gaben Veranlassung zu einer eingehenden Kritik. Sodann wählte die Versammlung in die Werkstattdirektionskommission drei Modellischler. Ein großer Theil der Anwesenden ließ sich in den Verband aufnehmen.

Potsdam. Am 7. d. M. fand hier eine vom Vertrauensmann einberufene öffentliche Parteiversammlung statt. Für die am 31. d. M. stattfindende Parteikonferenz des Wahlkreises Potsdam, Spandau und Oranienburg wählte die Versammlung die Genossen Heinrich, Kerch, Kiesel, Scherbin und Staab als Delegirte. Anträge zu dieser Konferenz wurden nicht gestellt. Hierauf hielt der Genosse Wagner-Berlin einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die direkte Gesetzgebung durch das Volk“.

Die Diskussion verlief im Sinne des Referats. Im Verchiedenen wurde beantragt, die Leser des „Vorwärts“ aufzufordern, die Expedition desselben unserem Kolporteur zu übertragen. Dem stimmte die Versammlung zu.

Briefkasten der Redaktion.

Zwei Streitenden. Eine Milliarde: 1 000 000 000, eine Billion: 1 000 000 000 000. Ihr Gegner hat also Recht.
Kreger. Die Namen der Einsender unserer Berichte können wir Ihnen nicht nennen.
H. G. W. 72. Der Anwalt der Armenrechtspartei kann Erstattung seiner Kosten u. s. w. nicht von seinem Klienten, wohl aber von dem unterliegenden Gegner ohne Rücksicht darauf verlangen, ob auch diesem das Armenrecht bewilligt ist.
4288 Friedenstr. Die Frau hastet nicht, die Klage muß abgewiesen werden.
Dornmünden. Da ein Leihvertrag vorzuliegen scheint, ist Verjährung nicht eingetreten.
H., Köpenick. Nach Inhalt des Vertrages können Sie nur zum 1. Oktober kündigen; die Kündigung muß spätestens am 30. Juni dem Wirth erklärt sein. Zum 1. April können Sie nicht kündigen, wohl aber schon jetzt zum 1. Oktober.

Grösstes Manufactur- und Mode-Waaren-Haus des Ostens

Grüner Weg 32 M. Löwinsohn (Inh. L. N. Jacob) Grüner Weg 32
Ecke Andreas-Platz. Ecke Andreas-Platz.

Verkauf nur gegen Baar. Streng feste Preise.

Musik-Instrumente kaufen will, gehe zu unterzeichneter Firma. Keine billigen Massen-Erzeugnisse! Garantie für jedes gekaufte Instrument: Bei Nichtkonvenienz **Juridinhane** unter voller Rückzahlung der bezahlten Kaufsumme. Reparaturen in eigenen Werkstätten schnell und billig. Auch werden Instrumente jeder Art verliehen. Zu tomischen Vorträgen Artisten-Instrumente gleichfalls am Lager.

Robert Effner, Holzmarktstr. 9.

Vorteilhafter Weihnachts-Einkauf. Ausverkauf.

Mein seit 18 Jahren bestehendes Geschäft verlege ich Mitte April 1894 nach Brunnenstr. 163 und bringe mein großes Lager in

Uhren, Gold-, Silber-

und Alfenide-Waaren

bei 10 pCt. Preisermässigung zum Ausverkauf.

Reinh. Wankel, Brunnenstr. 159,
Ecke Anklamerstraße, Haltestelle der Pferdebahn.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz

Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Master blücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlte ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Musik-

Instrumente wie Zithern, Geigen, Gitarren, Mandolinen u. s. w. Grösstes Lager Harmonikas jeder Grösse. Spieldosen zum Drehen und selbstspielend (alle mit Arbelior-Liedern), Schwoizer Werke. Musik-Automaten für Restaurateure.

Herophons, Aristons u. s. w. **Aug. Kessler, Lausitzerstr. 51.**



Die Butter-Handlung

„Zu den Drei Kronen“

empfehlen in ihren sämtlichen Filialen nur garantirt reine Naturbutter. Detail-Verkauf zu Engros-Preisen.

Frische feine Tafelbutter à Pfund 110—120 Pfennige.
Gute fette Koch- und Backbutter à Pfund 90—100 Pfg.

W. Kleiststr. 22.	NO. Landsbergerstr. 77.
SW. Markgrafenstr. 64a/65.	NO. Landsbergerstr. 22.
C. Münzstr. 12.	O. Andreasstr. 47.
C. Alte Schönhauserstr. 19.	O. Andreasstr. 63.
N. Dranienburgerstr. 4.	O. Blumenstr. 1.
N. Wörtherstr. 46.	SO. Dresdenerstr. 101.
NO. Neue Königstr. 85.	SO. Reichenbergerstr. 14.

Engros-Lager: 77. Landsbergerstr. 77.
Fernsprecher: Amt VII No. 5405.

Mode-Waaren-Haus

M. Grünberg

am Weddingplatz.

Der Ausverkauf des gesammten Waarenlagers dauert bis Ende Dezember dieses Jahres.

Verkauf nur gegen Baar zu streng festen Preisen.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Mag. Bading in Berlin SW., Teufelstr. 2.